

Er scheint täglich außer Montags, Preis pränumeration: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neues Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Sonntags-Beilage in der Post-Beilage: Preisliste für 1894 unter Nr. 4919.

Vorwärts

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pf., für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 30 Pf. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verleger: Amt 1. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 13. Februar 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Getreidezollfrage in Frankreich.

Paris, 9. Februar 1894.

Die Grund- und Bodenbesitzer bemühen sich mit einer Hingabe, die man nicht genug bewundern kann, für die französische Landwirtschaft und die durch das amerikanische und russische Getreide bedrohte Grundrente. Schon seit lange kämpfen sie unermüdet für diese edle Sache: 1885 trugen sie den Sieg davon, sie veranlassten, daß das ausländische Getreide mit einem Einfuhrzoll von 3 Franks für hundert Kilo belegt wurde; dies war aber nur der erste Vorstoß, 1887 erneuerten sie den Angriff und erhielten einen Zoll von 5 Franks auf 100 Kilo bewilligt. Nun waren sie befriedigt. Der Preis des Getreides stieg auf 16—18 Franks für den Hektoliter, und sie konnten nun die Grund- und Bodenrente erhöhen. Dieses Jahr, wo die Getreide-Ernte, infolge der großen Trockenheit, 10 Millionen Hektoliter weniger beträgt, als durchschnittlich in den zehn vorhergehenden Jahren, gedachten sie, sich das Getreide mit Gold aufwiegen zu lassen. Es bedarf nur einer schlechten Ernte, um das Glück der Grund- und Bodenbesitzer zu machen.

Doch, anstatt zu steigen, sinkt der Getreidepreis; er fällt trotz des Einfuhrzolles von 5 Franks, bis auf 14 und selbst 12 Franks für den Hektoliter.

Dahin ist der schöne Gewinn, den man sich aus der Hungersnoth der Nation erträumt hatte. Die Grundbesitzer sind in Verzweiflung; sie erfüllen das Land mit ihren Klagen und bemühen sich wieder, den Zoll zu erhöhen. Nun begünstigen sie sich nicht mehr mit 5 Franks, was sie verlangen 10—12 Franks für hundert Kilo, denn jetzt können sie nicht bestehen, wenn der Hektoliter Getreide nicht für 20, 22 oder 25 Franks verkauft wird. Der Appetit kommt beim Essen. Einige unter ihnen verlangen die Wiedereinführung der beweglichen Zölle wie vor 1848, um den Verkauf des Getreides zu einem gleichmäßigen Preis von 20 bis 30 Franks für den Hektoliter zu ermöglichen. Das Preisminimum wird auf 25 Franks für den Hektoliter festgesetzt, bei einem Einfuhrzoll von 5 Franks, der sich in dem Maße vermehrt, wie der Preis sich verringert: er würde dann z. B. 5 Franks 50 Centimes betragen, wenn das Getreide auf 24 Franks 50 Centimes, oder 10 Franks, wenn es auf 20 Franks herabsinken würde, während der Einfuhrzoll ganz wegfiele, wenn der Hektoliter Getreide den Preis von 30 Franks erreichte.

Casimir Perier ist verdrießlich; er scheut sich, den Ein-

fuhrzoll zu bewilligen, weil er weiß, daß sich ein Schrei der Entrüstung erheben und man ihn beschuldigen wird, die Brottheuerung verursacht zu haben; aber er muß gehorchen, seine parlamentarische Majorität ist aus den eifrigsten Schutzöllnern zusammengesetzt, die ihn erbarmungslos befechtigen würden, wollte er versuchen, ihrem Willen zu widerstehen.

In der Zollkommission versuchte ein früherer Handelsminister, der Opportunist Jules Siegfried, ganz schlichtern den Schutzöllnern die Augen über die Ungeheuerlichkeit ihrer Forderungen zu öffnen: — „Ein Zoll von 10 Franks auf 90 000 000 Zentner, die jährlich in Frankreich verbraucht werden, würde im ganzen eine Zolleinnahme von 900 Millionen Franks auf Kosten der Bevölkerung ergeben. Wir haben 7 Millionen Hektar Landes, das mit Korn bebaut ist. Die 900 Mill. würden also 128 Fr. auf jeden Hektar ergeben. Ist das nicht ein übermäßiges Geschenk? Welche Klasse von Grundbesitzern wird hauptsächlich diese 900 Millionen gewinnen? Der mittlere und Großgrundbesitzer! Und wer wird schließlich den Zoll von 900 Millionen bezahlen? Bei dem Durchschnittsverbrauch von 600 bis 700 Gramm pro Tag und Person ergibt ein Zoll von 10 Franks auf den Zentner 7 Centimes pro Tag oder 25 Franks 55 Centimes jährlich für eine Person — das macht für eine Haushaltung von 5 Personen einen Zoll von 127 Franks das Jahr. Ist das für eine Republik nicht über alle Maßen viel? Der Brotpreis im Ausland ist weit niedriger als bei uns: er beträgt in Brüssel 26 Centimes, in Gent 17 Centimes pro Kilogramm, dank dem Zusammenwirken der Arbeiter. Aber in Paris beträgt der Preis 40 Centimes für 1 Kilo Brot erster Qualität, für ein solches zweiter Qualität 32 Centimes. Darf man angesichts der fremden Konkurrenz, die durch eine liberale Zollpolitik begünstigt sind, daran denken, diesen Zustand zu verschlimmern?“

Die Russen ihrerseits sind voll Besorgnis; sie erklären, daß der 10 Franks-Zoll Frankreich dem russischen Getreide verschließen würde. „Säße man das nach Kronstadt und Toulon erwarten sollen?“ fragt die St. Petersburger „Neue Zeit“.

Aber die Patrioten des Großgrundbesitzes pfeifen ebenso auf das russische Bündnis wie auf die Hungersnoth in Frankreich. Sie wollen ihren Einfuhrzoll, und sie werden ihn bekommen.

Es ist indes mehr als wahrscheinlich, daß die Zollerhöhung, wie es ja immer der Fall gewesen, nur den Spekulanten zu gute kommen wird. In der That gehen

die Schätzungen dahin, daß, wenn man die Getreidemenge, die Frankreich innerhalb von 10 Jahren hervorgebracht oder eingeführt hat, berechnet, ein Ueberschuß von ungefähr 100 Millionen Hektolitern da ist, der von den Spekulanten zurückgehalten und erst auf den Markt gebracht wird, wenn die Preise zu steigen beginnen. Das Angebot wird dann so groß, daß der Preis sofort wieder sinkt. Drei oder vier Jahre müßten vergehen, bevor diese Borräthe erschöpft sind, und bis dahin haben die Spekulanten manche Gelegenheit, sie zu erneuern.

Man darf nämlich nicht glauben, daß man zu jeder Zeit einen so hohen Zoll aufrecht erhalten kann; die Aussicht auf eine schlechte Ernte zwingt jede Regierung, ihn zu erniedrigen. Die Schutzöllner hatten 1887 einen Einfuhrzoll von 5 Franks bewilligt erhalten; indes mußte ihn die schützöllnerische Kammer 1891 für ein Jahr auf 3 Franks erniedrigen, da eine schlechte Ernte in Aussicht stand. Diese Schwankungen des Einfuhrzolles kommen nur den Spekulanten zu gute.

Wenn der Einfuhrzoll den kleinen Bauern nichts nützt, so wird sich ihr ganzer Born sicher gegen die Großgrundbesitzer, die ihn gefordert, und gegen das Ministerium, das ihn bewilligt hat, richten.

Die gesammte Bevölkerung der Städte wird diesen neuen Hungersnoth-Vertrag, der thatächlich ein Auswanderungs-Vertrag ist, und das Ministerium des theueren Brotes an den Pranger stellen. Die Weinbau treibenden Departements, die wenig oder gar kein Getreide bauen und schon jetzt unter einer Ueberschuldung von Wein leiden, werden sehen, daß ihre Krisis durch die Brotertheuerung noch verschlimmert wird; sie werden Mahregeln zu ihren Gunsten fordern, und das Ministerium wird nichts für sie thun können. Binnen kurzem steht Casimir Perier in einer Klemme, aus der ihn auch keine Anarchisten-Bombe mehr retten kann.

Gallus.

* Pacte de famine — Hungersnoth-Vertrag — ein unter der alten Bourbonen-Monarchie abgeschlossener Staatsvertrag mit Kornspekulanten, der ein Getreidemonopol mit Monopol-Brotpreisen begründete. Dieser Hungersnoth-Vertrag, der das Ideal unsterblicher Agrarier ist, hungerte das französische Volk buchstäblich aus bis an den Rand des Verhungerns zum Vortheil des landbesitzenden Adels und der spekulativen Finanzleute, denen der Staatshaushalt der Monarchie zur Plünderung überliefert war. Der Pacte de famine war eine der Hauptursachen der französischen Revolution, die wesentlich durch ihn zu einemurchbaren Volksgericht wurde.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

(Alle Rechte vorbehalten)

Helene.

[41]

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

„Das ist keine Schwester vom Orden der Kreuzerhöhung?“ fragte er, indem er dem hinwegtretenden Arzte folgte, nicht ohne sich noch einmal nach Helene umzusehen. „Es ist eine freiwillige Pflegerin.“ „Die sind hier stark in Verwendung . . . aber sie ist auch keine Russin.“

„Ich glaube nicht, obwohl sie russisch spricht.“ „Es scheint, man ist hier wenig anspruchsvoll in der Wahl der Personen; wir nehmen nur Ordensschwestern, und die Regierung wünscht nur solche in Verwendung zu sehen.“

„Unsere Freiwilligen thun ihre Pflicht und mehr. Czjellenz“ bemerkte der Arzt in scharfer Zurückweisung. „Sie arbeiten mit Aufopferung und Anstrengung.“ „Zugegeben, zugegeben, mein lieber Doktor, aber Ordensschwestern sind doch immer zuverlässiger, auch in der Moral; eine so Hübsche kann gar leicht ins Gebirge kommen.“

Er sah sich wieder nach ihr um und schüttelte den Kopf.

„Die könnte doch wahrhaftig eine mühselose Existenz finden.“ dachte er bei sich, und er empfand große Lust, sie ihr zu verschaffen.

Tania brachte einen Verbandstisch in Ordnung. Den Kommandirenden schienen die Instrumente zu interessieren, aber in Wahrheit betrachtete er das kleine stiel herumhantirende Mädchen.

Tanias kurzgeschmittenes Haar, das straff herniederhing und von keiner Haube bedeckt war, mißfiel ihm. „Das ist auch keine Ordensschwester.“ dachte er, „die gehört nicht einmal den barmherzigen Wittwen an und körperlich ist sie ein Nichts.“

Diese geringe Leiblichkeit war nicht geeignet, seine Sympathie zu wecken.

„Für einen so anstrengenden Dienst erscheint mir das

Fräulein zu jung.“ bemerkte er laut zu dem Arzte gewendet, dann ihr in's Gesicht sehend, flüsterete er mit einem falschen Lächeln: „mignonno, tres mignonno“ (winzig, sehr winzig).

Tania schlug die Augen auf und sah ihn an. „Wir Schwestern werden nicht unter das Maß gestellt, Czjellenz.“

Ihre Augen hatten ein seltsames Flimmern, aber ihre Stimme klang sanfter noch als gewöhnlich.

„Und doch sollte auch bei den Pflegerinnen die körperliche Kraft ausschlaggebend sein, als Sentimentalitäten.“ erwiderte er rauh. Dann hob er rasch den Kopf und über die Kleine hinwegsehend, ließ er seine Augen von Bett zu Bett schweifen; er glaubte unter den Verwundeten ein unterdrücktes Röchern gehört zu haben.

„Ich kenne diese Burschen — ein Gesindel — wie mag es bei Euch mit der Disziplin aussehn.“

„Unsere Disziplin ist vorzüglich.“ entgegnete der Chefarzt kalt.

„Wirklich? So — so — Sie haben dann Muster-soldaten, Herr Doktor, denen weiche Händchen und eine süße Stimme schon imponiren, ich gratulire.“

„O, wir haben ein vortreffliches Mittel gefunden, Czjellenz, um die Schlimmsten sofort zu bändigen.“ versetzte Tania mit jenem lagenartig schmeichelnden Ausdruck, der den Slavinnen so geläufig ist.

„Ei, lassen Sie hören, Schwesterchen.“

„Wir brauchen unseren Kranken nur damit zu drohen, daß wir sie von uns weg in ein Militärhospital transportiren lassen, und sie werden zu Sämmern.“

Der Kommandant starrte sie an, als aber der Chefarzt zu lachen anfing, als wollte er die Sache komisch aufgefaßt wissen, lachte er mit. Es war das Klügste.

Als sie aber draußen im Korridor waren, sagte er barsch zu dem Doktor:

„Sie haben da eine Nihilistin, ich warne Sie, Sie müssen sich von diesen Elementen frei halten, oder Sie werden schlimme Konflikte heraufbeschwören.“

„Wir treiben nicht Politik, Czjellenz, wir brauchen fleißige Hände und wackere Deraen: wir nehmen sie, wo

wir sie finden, und behalten sie, so lange sie unsere Statuten nicht verletzen.“

„Es wäre gut, wenn Sie sich mit den Ordensschwestern begnügten, schon aus Sittlichkeitsgründen“, rief der General noch erregter. — „Wir werden das bei einem nächsten Krieg zur Bedingung machen, und wir werden darauf sehen, daß sich Alles nach von uns festgesetzten Normen vollziehe.“

Sein hartes Gesicht hatte einen noch trozigeren Ausdruck, als er das Hospital des rothen Kreuzes verließ.

„Diese Privathilfe bedarf einer besonderen polizeilichen Aufsicht“, murmelte er zwischen den Zähnen, „wir werden sie ihr geben.“

III.

Der Chefarzt besand sich nach dieser Visite in der übelsten Laune.

Seine kleinen, immer geschonten Hände in die großen Taschen gesteckt; lief er im Hofe des Hospitals auf und nieder.

Er wollte frische Luft schöpfen und seinen Nerger überwinden, ehe er das Operationenzimmer betrat, wo sich um 11 Uhr alle Ärzte zu den vorzunehmenden Operationen zu versammeln pflegten.

Er vermochte indes nicht so leicht über diese Inspektion und ihre möglichen Folgen hinweg zu kommen.

„Keine Freiwilligen — nur Ordensschwestern, nur Barmherzige — haha — als ob sie nicht alle Barmherzige wären — wir müssen froh sein, daß wir sie haben —“ Er machte eine Schwenkung und rannte nach der anderen Seite. „Ja, Verordnungen erlassen ist leicht — dabei schicken sie Transport auf Transport — unser Personal ist viel zu gering — es leistet das Höchste an Selbstaufopferung und da wollen wir wählerisch sein — feine Unterschiede machen zwischen Geweihten und Ungeweihten, Graduirten und Nichtgraduirten? — Unsinn!“

Schon besand er sich einem neuen Konflikt zwischen seinen Verordnungen und den dringenden Forderungen des Augenblicks gegenüber.

Ein halbes Duzend junger Mediziner hatte sich zum Dienste gemeldet. Keiner von ihnen hatte eine Empfehlung,

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Februar.

Im Reichstage wurde heute die Debatte über den Postetat fortgesetzt; die Herren von der freisinnigen Volkspartei und von den antisemitischen Fraktionen bemüht sich vergeblich, die Postbeamten ihrer Sympathien zu verschichern. Diese wissen wohl, wer am schneidigsten und rücksichtslosesten ihre Sache geführt hat. Singer vertrat auch heute in zwei Reden den Standpunkt der Partei. —

Das Abgeordnetenhaus verhandelte heute über den Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnetzes. Alle Redner brachten die Eisenbahnwünsche ihrer Wahlkreise vor. Es wäre kaum verwunderlich, wollten wir den Verhandlungsbericht veröffentlichen. Die auf den Berliner Vorortverkehr bezüglichen Reden bringen wir unter Lokales. Die Vorlage wurde der Budgetkommission zugewiesen. Mittwoch findet die nächste Sitzung statt, in der über den Etat verhandelt werden wird. —

Reichskommission für Arbeiterstatistik. In der heutigen Nummer des „Reichs-Anzeigers“ werden die Namen der für die jegige Legislaturperiode vom Bundesrath und vom Reichstag neu- bzw. wiedergewählten Mitglieder der Kommission für Arbeiterstatistik veröffentlicht. Neu gewählt sind der Großherzoglich Hessische Regierungsrath Freiherr von Gemmingen, sowie die Reichstags-Abgeordneten Dr. Kropatschek, Letocha, Werbach und Schmidt (Elberfeld). Von den bisherigen Mitgliedern sind ausgeschieden die früheren Mitglieder des Reichstags Biehl, Dr. Hartmann und Dr. Hirsch. Der Unterstaatssekretär im Reichsamte des Innern Dr. von Rottenburg und der Direktor des kaiserlichen Statistischen Amtes Dr. v. Scheel, welche am 18. April 1892, ersterer zum Vorsitzenden, letzterer zum Mitglied der Kommission auf fünf Jahre ernannt worden sind, gehören der Kommission auch weiterhin an.

Von früheren Mitgliedern gehören der Reichskommission weiter an der Unterstaatssekretär Lohmann, der Vorstand des bayerischen Statistischen Amtes Rapp, der sächsische Oberregierungsrath Morgenstern, der württembergische Oberregierungsrath v. Schöder, der Vorstand der badischen Fabrikinspektion Dr. Wörzischer und die Reichstags-Abgeordneten Siegle (natl.), Dr. Hize (B.) und Wolfenbuhrt (S.). —

Die Aufhebung des Identitätsnachweises wird gleichzeitig mit dem deutsch-russischen Handelsvertrage stattfinden. Dem Reichstage wird der Gesetzentwurf sehr bald vorgelegt. —

Die Abtretung für und gegen den deutsch-russischen Handelsvertrag wird von den Interessenten sehr eifrig betrieben. Große Kundgebungen werden von beiden Seiten stattfinden. —

Le Roi me réverra! Der König wird nicht wiedersehen! Knirschte der zerschmetterte Dausmeier, als er im März 1890 nach Friedrichsruhe abgegangen war. Drei Jahre und 10 1/2 Monate ließ der „so undankbar verabschiedete“ Reichsgründer das rebellische Drahm durch seine Putschkollegen verbreiten. Bis vor drei Wochen die verhängnisvolle Weinslake kam, deren zauberischer Inhalt zum Selbstvergnügen ward und den verhängnisvollen Hofgang erzwang. Le roi me réverra! — Ja, der König hat ihn wiedergesehen, aber nicht so, wie er gewollt, sondern ach! ganz, ganz anders. Und nun ist das rebellische Drahm gar un bequem geworden — so un bequem, wie während der Kulturkampf, als das Zentrum auf der ganzen Linie gestiegen hatte. Da mal's erklärte der Urheber des Kulturkampfes: „Ich hab's nicht gethan — ich habe mit dem Kulturkampf nie etwas zu schaffen gehabt — ich fordere jeden heraus, mir das Gegentheil zu beweisen!“ Und heute, drei Jahre und 10 1/2 Monate nach dem trohigen: le Roi me réverra! sagt der Urheber des Wortes: „Ich hab's nicht gethan — ich habe nie etwas Ähnliches gesagt — ich fordere jeden heraus, mir das Gegentheil zu beweisen!“ Damals lachte die Welt. Und heute lacht sie auch. —

*) Trank des Vergessens — Pflanze, der Strom des Vergessens im Totenreich der griechisch-römischen Mythologie.

Keiner sein Diplom in der Tasche... Es waren Freiwillige, die auf eigene Faust hieher kamen. Er hatte sie als Aerzte zurückgewiesen, aber sie hatten sich nicht abschrecken lassen.

„Nehmen Sie uns, wofür Sie wollen,“ hatte der Eine gesagt, ein Mann schön wie die Sonne, mit schwarzen Augen und rötlichem Haar, dessen ausdrucksvolles intelligentes Gesicht sofort für ihn einnahm, verwenden Sie uns als Träger und Krankenwärter, wenn Sie uns als Aerzte zurückweisen müssen; kein Dienst soll uns zu anstrengend oder zu schlecht sein, wenn es gilt, unseren Brüdern zu Hilfe zu kommen.“

Im Verlaufe des Gesprächs hatte sich's herausgestellt, daß Mediziner Tempéty, so nannte sich der Nothe, auf deutschen Kliniken gearbeitet hatte, die von Koryphäen der Wissenschaft geleitet waren, und daß er mit ihren Methoden wohl vertraut war.

„Ach, meine Herren, wenn Sie mir ihre Diplome hätten,“ hatte er ihnen zugerufen, als er sie verabschiedete.

Er ahnte wohl, weshalb ihnen der Doktorhut fehlte; weil sie als russische Emigranten von Universität zu Universität gejagt wurden, stets in Gefahr, denunziert und ausgeliefert zu werden.

Es waren nihilistische, kein Zweifel, aber war denn nicht die gesammte studierende Jugend von einem revolutionären Geiste erfüllt? Und wenn man vom Dienste alle abschließen wollte, die diese Ueberzeugung theilten, dann — er lachte grimmig — wie viele würden dann übrig bleiben? Und er gedachte der Anhäufung der Kranken, die sie in Bauernhütten zerstreut untergebracht hatten, wodurch der Dienst erheblich erschwert wurde, so daß die vorhandenen Kräfte nicht ausreichten, und selbst die nöthigsten chirurgischen Eingriffe hinausgeschoben werden mußten.

Noch kennt kein Gebot,“ sagte er, zog die Hände aus der Tasche und beorderte den Mediziner Tempéty in den Operationsaal.

Dieser war ein heller, mäßig großer Mann, mit einem

Das erste Bismarck-Haus! Freue dich, Deutschland! Das „Leipziger Tageblatt“, Zentralorgan für patriotische Schwärmschnel und national-liberalen Anarchismus, meldet in seiner gestrigen Nummer: Leipzig, 11. Februar. Bei dem allgemeinen großen Interesse, welches in unserer Stadt dem jetzt in der Ausführung befindlichen Projekt der Verbreiterung des Thomagäßchens und den daselbst aufzuführenden Neubauten entgegengebracht wird, glauben wir unseren Lesern eine Mittheilung nicht vorenthalten zu sollen, die wir heute von zuständiger Stelle erhalten. Seine Durchlaucht Fürst Bismarck hat dem Erbauer des Gebäudes, Herrn Hoflieferant Hyleben, auf dessen Bitte in einem „Friedrichsruh“, den 8. Februar“ datirten Schreiben die Genehmigung ertheilt, dasselbe mit seinem Namen zu benennen. Unsere Stadt wird dadurch die hohe Ehre haben, das erste Bismarck-Haus in Deutschland zu besitzen. Der Erbauer wird gewiß auch dafür Sorge tragen, daß die große Ehre, die ihm hierdurch zu Theil geworden ist, in der hiesigen Ausführung des an so bevorzugter Stelle belegenen Hauses zum Ausdruck gelangt und so dürfen wir wohl hoffen, daß das Bismarck-Haus eine Zierde der Stadt Leipzig werden wird.

Das Prachtzimmer — können wir hinzufügen — wird als besonderes Bismarck-Zimmer eingerichtet werden: das Bett wird in Spandau aus alten Kalkenlisten zurechtgeschneidert und die Wände mit alten Strafanträgen und Gemser Depeschen (Chamade neben Fanfare) tapeziert. —

Die Freiheit des Arbeiters wird prächtig illustriert durch die folgende Meldung aus Düsseldorf:

Die Firma Bortmann und Elbers in Düsseldorf hat dem bei ihr beschäftigten Emaillierer R. Vandach, wegen seiner Teilnahme an der vom Minister für Handel und Gewerbe Herrn von Berlepsch zum 24. Januar nach Berlin berufenen Kommission zur Begutachtung der Ausnahmeregelungen für die Sonntagsruhe in der Metallindustrie, die Arbeit gekündigt. Vandach ist Mitglied des Hirsch-Dunder'schen Gewerkevereins der Klempner und Metallarbeiter, der bei dem Minister von Berlepsch Beschwerde erhoben hat; auch wird sich der Zentralrath der Deutschen Gewerkevereine in seiner nächsten Sitzung mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Was wird Herr v. Bötticher dazu sagen? Mit seinem stets bereiten Pöbeln läßt sich dieses Zeichen der Verkülvung der deutschen Arbeiterklasse nicht fortstellen. Wird er nun wenigstens zugestehen, daß das übermüthige Unternehmertum die Arbeiter ihrer staatsbürgerlichen Rechte beraubt? Wenn auch nicht, so bleibt es doch erwiesen, daß die Hungerpeitsche des Unternehmertums einer der wichtigsten Faktoren unserer Staatsordnung ist. —

Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt:

Der Bund der Landwirthe hat bekanntlich beschloffen, alle Zeitungs-Verichtertätigung von seiner General-Versammlung auszuschließen und selbst einen Bericht über die Versammlung anzufertigen. Da natürlich den Mitgliedern des Bundes nicht verwehrt werden kann, selbst Zeitungsberichte anzufertigen, kann diese Geheimnisthueri schmeichlich Erfolg haben; immerhin fällt auf, daß der „Vorwärts“ sofort verspricht, seinen Lesern gleich mit einem Originalbericht aufzuwarten. Man erinnert sich dabei, daß der „Vorwärts“ auch zuerst die Mittheilung von den neulich erfolgten Kundgebungen einiger Herren aus der Verwaltung des Bundes brachte. Sollte etwa das sozialdemokratische Organ sogar schon im Landbund seine „Genossen“ haben, die die Prophezei des Herrn v. Drohning, sozialdemokratisch zu werden, ausgeführt haben?

Glauht denn wirklich die „N. W. Z.“, daß ein Verein von 170 000 Männern in Deutschland bestehen kann, ohne daß der Sozialdemokratie, der größten Partei im Deutschen Reich, eine Anzahl Mitglieder angehört? Hat das Blatt noch nichts von dem Terrorismus gehört, mit dem die Landleute zum Beitritt zum Bunde gezwungen wurden? Jetzt hat der Bund die Früchte davon; mehr Sozialdemokraten, als die Leiter abnen, stehen in ihren Listen und bleiben sich trotzdem der Pflichten bewußt, die sie der sozialdemokratischen Partei schulden. —

In eine Grube, die für uns gegraben, sind Andere hineingefallen. Unsere Leser erinnern sich der in Sachsen gemachten Versuche der Polizei, die sozialdemokratische Partei als solche unter das Vereinsgesetz zu bringen. Heute erfahren wir nun aus den „Dresdener Nachrichten“, daß diese Versuche, die der Sozialdemokratie nicht schaden können, gewissen anderen Parteien verderblich geworden sind. Zum Beispiel den Herren Antise miten, deren Vereine man doch der Form halber nicht anders behandeln konnte, als die sozialdemokratischen. Die bloße Einforderung der Mitgliederliste hat den tapferen „Reformern“ solchen Schreck eingejagt, daß mehrere Vereine

ganzen Küstzeug von Arm- und Beinschienen ausgestattet und mit den verschiedensten Instrumenten und Verbandsmaterialien versehen.

Es roch stark nach Karbol.

Die antiseptische Wundbehandlung war bereits eingeführt und hinter einem Vorhängelchen am Ende des Saales machten die Aerzte gleichsam ihre Operations-tolkette. Sie zogen die Röcke aus und banden eine frisch-gewaschene Bindenschürze vor, die den Körper vollständig umhüllte.

Sie schlugen die Arme hoch über den Ellenbogen zurück und wuschen Arme und Hände mit einer Sublimatlösung, ehe sie zu dem blutigen Werke schritten.

Man hatte mehrere Operationstische aufgestellt, die sämtlich belegt waren. Die Arbeit vollzog sich rasch und verhältnismäßig ruhig, da die Mehrzahl der Operirten unter Narkose waren.

Sofia Alexandrowna mit ihrem ersten, durchgebrühten Anlitze und dem kurzgeschnittenen Haar, die wie alle Uebrigenden die große Operationschürze vorgebunden hatte, unterschied sich kaum von den jungen Aerzten, mit denen sie gemeinsam hier arbeitete.

Zur Amputation eines Oberarmes, welche zunächst vorgenommen werden sollte, war sie als Assistent beordert, und sie prüfte mit Ruhe und Umsicht die mit Karbolwasser gereinigten Instrumente und legte Alles zurecht.

Dann trat auch sie hinter den Vorhang, um ihre Arme zu entblößen und in der Sublimatlösung zu waschen.

Als sie hervorlam, sah sie den Chefarzt vor dem Operationstische stehen, wohin man den Patienten eben gebracht hatte.

Neben ihm befand sich ein Fremder, wahrscheinlich einer der neu angekommenen Aerzte, der mit der Untersuchung des Objektes beschäftigt war.

Rasch kam sie näher, dann prallte sie plötzlich zurück, ein Bittern durchfuhr ihren Körper und eine Flamme stieg in ihr Anlitze.

Sie hatte Loxar erlannt. Die Ueberraschung war eine

sich freiwillig aufgelöst haben, weil die Mitglieder von der Behörde nicht gekannt sein wollen! Und das will die „kranke Zeit“ heilen! —

Ueber ein Schächtverbot berieth die Petitionskommission der bayerischen Abgeordnetenlammer. Die betr. Position wurde abgelehnt. —

Aus Hamburg wird gemeldet, daß die Bevölkerung in fünfzehn großen Volksversammlungen gegen die Hamburgische Staatsverfassung als eine Klassenherrschaft energig protestirt hat und die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und der progressiven Einkommensteuer gefordert hat. Wie lange wird sich das selbstfüchtige Patrierthum der „Republik“ Hamburg gegen diese Forderungen des Volkes wehren? —

Die Firma Wölber u. Brohm in Hamburg, die im Reichstag des Slavenhandels zwischen der Logoküste und dem Kongostaat beizigtigt wurde, hat jetzt in „Hamburger Korrespondenz“ eine Verteidigungsschrift losgelassen. Daß das jetzt erst geschieht, motivirt sie damit, daß anfangs nur sozialdemokratische Blätter sie des Slavenhandels beizigtigt hätten, jetzt aber, da sogar „wohlgesinnte“ diese Beschuldigungen wiederholt, halte sie es doch für gerathen, sie von sich abzuwehren. „Wir wenden uns“, schreibt die Firma, „mit unserer Darlegung zunächst an die Kreise unserer Hamburgischen Standesgenossen, an deren Achtung uns als ehrbaren Kaufleuten gelegen sein muß.“ Hören wir also mal, was diese ehrbaren Kaufleute für sich vorzubringen haben. Sie geben zu, vom Könige Behanjin von Dahomey Slaven freigelauft zu haben und diese freigelauften Slaven dann zu siebenjähriger Kontrollarbeit nach dem Kongostaat verschifft zu haben, wo sie zu Eisenbahnarbeiten verwendet werden sollten. Sie behaupten aber, daß dies alles unter Beobachtung der von der deutschen Regierung erlassenen gefehmäßigen Vorschriften geschah, und man muß ihnen zugeben, daß sie den Wortlaut dieser Vorschriften trefflich beobachtet und den wirklichen Slavenhandel nur mit dem Kermel gestreift haben. Und ebenso ist es ihnen zu glauben, daß sie den Slavenhandel nach Dahomey zu einer Zeit betrieben haben, als der Krieg zwischen Frankreich und Dahomey noch nicht ausgebrochen war, da ja die französische Kolonialverwaltung selbst diesen Sachverhalt durch Entlassung des von ihr vorher verhafteten Agenten Richter anerkannte. Die Firma beruft sich auch darauf, daß andere namhaft gemachte westafrikanische Handelshäuser genau denselben Slavenhandel getrieben haben. Ja die Firma und ihr Agent Richter können sich gegenüber der deutschen Kolonialverwaltung von Kamerun sogar noch als Tugendbolde in die Brust werfen, denn Herr Richter hebt in einer besonderen Kundgebung hervor, daß die deutsche Regierung den losgelauften Slaven keinen Sold, sondern nur Naturalverpflegung für ihre Militärdienste gewährte, während die Kongo-Eisenbahn-Gesellschaft durch ihren von der Firma Wölber u. Brohm vermittelten Vertrag den losgelauften einen laudens-würdigen Monatslohn zusicherte.

Der Vertrag der Kongo-Eisenbahn-Gesellschaft sei vollständig in Uebereinstimmung mit § 8 Absatz 2 der hierfür geltenden gesetzlichen Bestimmungen, welcher lautet:

Die dem losgelauften in Anrechnung gebrachten Mosen dürfen unter den üblichen Lohnsätzen nicht bleiben. Unzulässig ist eine Vereinbarung, wonach auf den abzuverdienenden Betrag Lieferungen des loslauften an Lebensmitteln, Kleidungsstücken u. s. w. in Anrechnung gebracht werden.

Mit dieser Bestimmung siehe das Verfahren der Kameruner Verwaltung zweifellos nicht im Einklang!

Haben Wölber und Brohm mit legerer Behauptung Recht, so ist das ein neuer Schandfleck der durch die Weisheitsregeln bereits hinreichend anzüchig gewordenen Verwaltung von Kamerun. Was nun aber die ehrbaren Kaufleute Wölber und Brohm selbst angeht, so ist das Charakteristische an der Sache, daß sie in ihrem Verfahren gegen die europäische Weltmoral sich gräßlich vergangen haben, trotzdem sie die europäischen Kolonialgesetze streng beobachteten und auch nicht gegen die ehrbarste Kaufmannsmoral verstießen. Kein Augenblick kann ein Zweifel darüber bestehen, daß ihr und anderer ehrbarer Kaufmannshäuser Aulihandel, wenn er selbst auch dem Gesetze nach kein Slavenhandel ist, doch direkt die Sklavenjagden und den Sklavenhandel im Innern von Afrika befördert. Denn wenn Behanjin und andere Slaven jagende Negerkönige wissen, daß sie an der Küste sich von den ehrbaren europäischen Kaufleuten ihre Sklaven zu so günstigen Bedingungen abkaufen lassen können, so werden sie mit Eifer dafür sorgen, daß von dieser preiswürdigen Waare stets ein gehöriger Posten am Markte ist. Also auch hier wieder ist es nicht individuelle Schuld, sondern das schwärzliche kapitalistische System mit seinen Kolonialauswüchsen, dem die geegipelten schamhäftlichen Verkommnisse aufs Konto zu schreiben sind.

Das französische Anarchistengesetz wird munter auch gegen die Blanquisten, die schärfsten Gegner der

freudige, aber sie berührte sie so tief, daß sie sich an den nahen Verbandstisch stützen mußte, um sich aufrecht zu erhalten.

Der Chefarzt, flüchtig aufsehend, bemerkte nur ihre Anwesenheit.

„Chirurg Tempéty wird die Operation vornehmen — hier Schwester Sofia wird Ihnen assistiren,“ sagte er, und hatte damit die Beiden einander vorgestellt.

Dann reichte er sich wieder dem zu Operirenden zu, dem ein Krankenwärter den Oberkörper entblöste.

„Sehen Sie da, in der Pöbe des Collum chirurgicum, wenn Sie sich darauf verstehen, einen Zirkulärschnitt.“

Es erfolgte keine Antwort, der Chefarzt hatte die Empfindung, als wäre er nicht verstanden worden, und hob den Kopf.

Chirurg Tempéty stand von ihm abgewendet, offenbar hatte er die hübsche Assistentin ins Auge gefaßt.

„Hallo,“ dachte der Chef und seine Stirnader schwoh im Horn, während er sich rasch nach Sofia umwandte.

Sie stand ruhig und zuwartend, das läche Roth ihrer Wangen war einer außergewöhnlichen Blässe gewichen, sie fiel ihm auf.

„Was haben Sie, sind Sie unwohl?“ fragte er scharf.

Sie öffnete den Mund, als wolle sie etwas sagen, aber es kam kein Ton über ihre Lippen.

„Ich sehe, Sie sind übermüdet, treten Sie ab,“ befahl er und blickte sich im Saale nach einem Ersatz um, aber es waren alle Hände beschäftigt.

Der zu Operirende begann zu jammern.

Da trat Sofia an den Chefarzt heran und sagte: „Ich bin ganz wohl, Primarius, und bereit, bitte, ver-sagen Sie über mich.“

Sie hatte sich gefaßt und ihre Haltung wieder gewonnen, aus ihren Augen leuchtete eine ungewöhliche Energie.

Der Primarius fixirte sie scharf, dann ergriff er ihr Handgelenk und hielt es eine Weile prüfend unter den Fingern. (Fortsetzung folgt.)

Anarchisten, angewandt; so wurde unlängst unser Genosse Breton, der Redakteur des „Parti Socialiste“, zu zwei Jahren Gefängnis und 1000 Frs. Geldstrafe wegen Verdröpfung des Präsidenten Carnot, falls dieser Vassall nicht begnadigen würde, verurteilt.

Die Pariser Arbeitsbörse bleibt geschlossen; mit 372 gegen 166 Stimmen erklärte sich die französische Kammer mit dem Verhalten der Regierung einverstanden.

Italien. Aus Rom wird telegraphiert:

In Parlamentären Kreisen verläutet, daß Ministerpräsident Crispi demnach die Vertrauensfrage stellen werde und daß er nicht die Absicht habe, den Ausnahmezustand in Sizilien eher aufzuheben, als bis ihm das Vertrauensvotum erteilt sei.

Parteinachrichten.

Die sofortige Verhaftung des Genossen Wilde, Redakteur der „Verg. Arbeiterstimme“ (Solingen) wurde am vergangenen Mittwoch auf Petreiben der Staatsanwaltschaft vorgenommen. Gründe für dieses Vorgehen wurden nicht angegeben. Innerhalb 8 Monate, die er an der „Arbeiterstimme“ als verantwortlicher Redakteur tätig war, wurde er wegen Verleumdung eines Posten und zweier Fabrikanten mit 18 Monaten Gefängnis bestraft, auch haben ihm noch einige Anlagen bevor. Welche Lust — sozialdemokratischer Redakteur zu sein.

Aus Hamburg schreibt man uns unter'm 1. Februar: In der vergangenen Woche hat unsere Partei hier eine besonders rege Tätigkeit entfaltet. Nachdem am vorigen Sonntag ein Flugblatt in Hamburg und Umgegend verbreitet worden war mit der Prägung, welche der mehrschichten Organisation entkammt, die der hiesigen Arbeiterschaft als Segen des Bismarckschen Sozialistengesetzes überliefert wurde, fanden am 7. d. M. um 2 1/2 Uhr Nachmittags vier große, imposante Versammlungen von Arbeitern statt, in welchen hauptsächlich Stellung gegenüber der Behauptung des Staatssekretärs v. Bötticher genommen wurde, daß während der Cholerazeit in Hamburg wohl Arbeitslosigkeit genug vorhanden gewesen wäre, die Arbeiter sich jedoch bei Soggararbeiten u. s. w.) der Arbeitslosigkeit entzogen hätten. Sämtliche Versammlungen nahmen selbstverständlich, trotz der Kälte unter der Teilnahme vieler, den ruhigsten und würdevollsten Verlauf. — Am Freitag Abend fanden ferner fünfzehn Volksoberammlungen in Hamburg-Stadt, Vororten und Landgebiet statt mit der Tagesordnung: „Die Hamburger Verfassung, die neuen Steuervorlagen und der Reichshand. Trotz des schlechten Wetters waren sämtliche Versammlungsorte, und darunter sehr geräumige überfüllt, ein Beweis, welches rege Interesse die arbeitende Bevölkerung welche bis jetzt von jeder Beteiligung an der Hamburger Gesetzgebung ausgeschlossen ist, an der aufgestellten Tagesordnung nimmt. Von den gefassten Resolutionen sei folgende, welche im Barmbeker Viktoriagarten-Saale zum Beschluß erhoben wurde, mitgeteilt:

Die Versammlung protestiert dagegen, daß der heute schon schwer um die Existenz ringenden minderbetagten Bevölkerung noch neue Steuerlasten aufgebürdet werden; sie fordert vielmehr, daß die Einkommensteuer auch in den höheren Stufen konsequent weiter progressiv ausgestaltet werde. Die Versammlung fordert ferner, daß endlich den Staatsangehörigen das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht zur Bürgerschaft eingeräumt werde, damit die Interessen der minderbetagten Masse in der Hamburger Gesetzgebung selbstständige Vertretung finden und der politischen Bevormundung derselben ein Ende gemacht werde.

Ob diese Kundgebung von fünfzehn, hart besuchten Volksoberammlungen der Senats- und Bürgerschaftskommission, welche bereits mehr als ein Jahr über eine Verfassung und Verwaltungsänderung schlummert, zu einem rascheren Tempo ihrer, wie es scheint, eingestellten Arbeit verhelfen wird? Seit die Choleraepidemie geschwunden, ist die Hamburger Bürgerschaft wieder in ihre alte lethargie versumpft. — Heute Sonntag fand abseits der sozialdemokratischen Partei hier die angekündigte allgemeine Ausnahme einer Arbeitslosenstatistik per Formulare statt.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Zur Charakteristik der Polizeispindel. In Plauen wurde vorige Woche der in Arbeiterkreisen als Polizeispindel wohl bekannte Sticker Bunniger wegen Sittlichkeitsvergehen von 6 Monaten Gefängnis und 6 Jahren Ehrverlust verurteilt. B. befand sich schon vorher dreimal wegen Verdachts ähnlicher Vergehen in Untersuchung, konnte aber niemals überführt werden. In der Voruntersuchung stellte er das Verfahren gegen ihn als einen Hohnakt der Sozialdemokraten hin; das Gericht ging auf dieses Geschwätz nicht ein. — Das sind also die Leute, denen sich das heutige System bedient, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Versammlungen.

Die Freie Vereinigung der Blumen- und Putzwerker, Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 6. Februar ihre regelmäßige Monatsversammlung ab. Genosse Winiß hielt eine Vorlesung aus der „Gleichheit“ über das Thema „Friede auf Erden“. Diskussion fand nicht statt. Zum dritten Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, die Versammlungen künftig alle 14 Tage stattfinden zu lassen, und findet demnach die nächste Versammlung am 20. Februar bei Krenberg, Innenstraße 16, mit einer Vorlesung aus Keenan's Buch über Sibirien statt.

In der Versammlung der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, die am 7. Februar tagte, hielt Genosse Hoffmann-Pankow einen Vortrag über das Thema: „Das moderne Raubritterthum.“ An der Diskussion beteiligten sich Kollege Kradt und Frau Müller im Sinne des Referenten. Sodann erörterte die Versammlung die Stellungnahme zur Forderung des 1. Mai. Nach einer längeren Debatte wurde ein Antrag fassen, sich mit den Beschlüssen der Gewerkschaftskommission einverstanden zu erklären, angenommen.

Eine öffentliche Versammlung für Rutscher aller Branchen, einberufen von der Freien Vereinigung der Rutscher, wurde in der Nacht zum 10. d. M. abgehalten. Der Delegierte zur Gewerkschaftskommission, Kollege Wötcher, ermittelte den Bericht über die Tätigkeit derselben. Bezüglich des Streiks der Droschkentischer sprach er sich dahin aus, daß er sich von vorn herein nicht für denselben erwärmen konnte und demzufolge bei der Abstimmung über denselben in der Gewerkschaftskommission sich seiner Stimme enthalten habe. Befremdet hat er, nachdem der Streik anerkannt worden war, seine Schuldigkeit getan und forderte er auch die Arbeiter auf, nach Kräften die Gemäßigten zu unterstützen. Er beantwortete die fernere Delegation eines Kollegen in die Gewerkschaftskommission. Mit diesem Amt beehrte die Versammlung den Kollegen H. Schulz, als dessen Stellvertreter wurde Kollege Jahnke ernannt. Im Anschluß hieran wurde der Kollege Raphael, Waldemarstr. 18, als Vertrauensmann gewählt. Nachdem referierte Genosse Käthe über die Frage: „Was steht uns der jüngste Streik der Taxameter-Droschkentischer?“ Derselbe sprach sich dahin aus, daß die Rutscher trotz der erlittenen Niederlage keine Ursache hätten, die Spitze ins Korn zu werfen, vielmehr alle Ursache, aus der Niederlage zu lernen, wie es das

nächste Mal besser zu machen sei. Geradezu lächerlich seien die Gründe, welche für Aushebung des Streiks in der Resolution niedergelegt wurden. In demjenigen Arbeiterorganisationen, welche auf Fisch-Dunder'schem Boden stehen, die da glauben, innerhalb der heutigen Gesellschaft dauernd erheblich bessere Verhältnisse schaffen zu können, gehöre auch der Verein Berliner Droschkentischer. Derselbe würde nicht ein Duzend Mitglieder haben, wenn derselbe nicht allerlei Institutionen, wie Krankenkasse etc. hätte, wodurch die Mitglieder gefesselt würden. Der Verein Berliner Droschkentischer kultiviere den Kampfsgeist, den Ständedünkel und vernachlässige die Solidarität mit den anderen Rutschern und der gesamten Arbeiterschaft. Aufgabe einer Organisation sei es, vor allem für Ausklärung zu sorgen, die Indifferenten heranzuziehen, auch die übrigen Rutscher zur Organisation zu veranlassen. Dies seien die Lehren, die aus dem Streik zu ziehen seien. (Großer Beifall.) H. Schulz von der Agitationskommission hielt die Versammlung nicht für kompetent, die Ursachen der Niederlage zu erörtern. Dasselbe werde aber in der nächsten öffentlichen Versammlung am Dienstag Abend geschehen. Im übrigen wandte er sich gegen den Referenten und bemerkte, daß nicht die Hälfte der Mitglieder des Vereins Berliner Droschkentischer in der Krankenkasse seien. Auch sind die Droschkentischer nicht aus Prinzip gegen den Taxameter. Indifferenten gäbe es ebenso, wie bei den Droschkentischern, bei allen Gewerkschaften. Die Organisation käme bei dem Streik gar nicht in Betracht. Die Freie Vereinigung habe sich in keiner Weise solidarisch gezeigt. Solidarität ohne Geldmittel sei nicht ausreichend. Rang erklärte, daß die Freie Vereinigung ihre Schuldigkeit getan und auf Listen gesammelt habe. Hoffmann hätte gewünscht, daß den Rutschern vor, nicht nach dem Streik Belehrung hätte erteilt werden sollen. Da die Polizeiverordnung am 1. Januar in Kraft trat, konnten die Droschkentischer zu keinem anderen Zeitpunkt streiken. Nicht durch Streikbrecher aus den Reihen der Rutscher sei der Streik verloren gegangen, sondern durch die Rutscherfabrik. Käthe nahm Veranlassung, den beiden Rednern gegenüber seinen Standpunkt weiter zu vertreten. Rang empfahl dem Verein Berliner Droschkentischer, seine Statuten zu ändern und dem Vorständen seine diktatorische Gewalt zu nehmen. Die gegenseitige Aussprache wurde in lebhafter Weise noch längere Zeit weitergeführt.

Eine öffentliche Versammlung für alle im Handelsgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen (Hausdiener, Bader, Martihelfer etc.) tagte am 8. Februar in den „Armin-Dallen“. Nach Wohl der Kollegen Ubes, Wich und Müller zu Referenten der Abrechnung des Vertrauensmannes erfolgte zunächst die Berichterstattung der Beisitzer am Gewerbeamt über ihre Tätigkeit. Die Stellungnahme der Berliner Kollegen zu dem an den Vingt-tagen in Halle a. S. stattfindenden Kongress der im Handelsgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter Deutschlands zeitigte eine längere Debatte, an der sich Schulmann, Käthe, Grauer, Kamp, Dreher und andere beteiligten. Von seiner Notwendigkeit waren alle Redner überzeugt. Die Beschlussfassung über einige Anträge, welche eine Abänderung resp. Ergänzung der seitens der Agitationskommission in der letzten Sonntagssitzung des „Vorwärts“ veröffentlichten provisorischen Tagesordnung des Kongresses bezweckten, wurde ebenfalls bis zur nächsten Versammlung vertagt. — Dem Bericht des Vertrauensmannes Alsboldt für das Jahr 1903 zufolge bestanden in Berlin 13 Berufsvereine mit insgesamt 8500 Mitgliedern. Leider fehlt der größte Teil der Kollegen der Organisation theilnahmlos gegenüber. Die Einnahmen aus Zellerammlungen und Ueberweisungen von Vereinen (einige hatten eine solche rundweg abgelehnt) betrugen 297,85 M., abzüglich der Ausgaben von 164,25 M. verblieben ihm 133,10 M., von welcher Summe er inzwischen 100 M. an die Agitationskommission abgeliefert habe. Zum Schluß wünschte er aus der Mitte der Versammlung die Besätigung, daß er 1. seit dem 1. Juli nicht mehr der Agitationskommission angehört habe, 2. daß mehrere Sprechsaal-Artikel gegen den „Verein Berliner Hausdiener“ nicht von ihm stammten, 3. daß er nicht der Präfektur der früheren Hochzeitung „Die Gleichheit“ angehört habe und 4. daß er Vertrauensmann der ganzen Gewerkschaft, nicht aber nur Vertrauensmann des Verbandes der Geschäftsdienstler, Bader und Berufsgenossen“ sei. Dieser Besätigung bedürfte er dringend, da gegen ihn ein Prozeß schwebte. Im Anschluß an den Bericht legte er sein Amt in die Hände der Versammlung zurück, gleichzeitig eine eventuelle Wiederwahl ablehnend. Ein Antrag, dem früheren Vertrauensmann 10 Mark Monatslohn zu bewilligen, fand fast einstimmige Annahme, trotzdem Alsboldt erklärte, er verlange ein solches nicht und würde es doch nicht für sich behalten, sondern der Agitationskommission überweisen. Die Kollegen Dreher, Pucher, Schulmann, Käthe und Herrmann gaben Alsboldt die von der Versammlung verlangten bejahenden Antworten auf seine Fragen. Zum Vertrauensmann wurde Barnewitz gewählt. Auf Antrag Herrmann sollen dem Vertrauensmann, sowie dem Delegierten zur Gewerkschaftskommission alle Barauslagen für die Gewerkschaft ersetzt werden. Der Delegierte zur Gewerkschaftskommission Präscher erstattete ebenfalls Bericht. Esm. Grauer teilte mit, daß die Arbeiter ihr Bureau in der Erolauerstraße mangels genügender Mittel aufgegeben haben, und konstatirte im Anschluß hieran, daß der Leiter des Bureaus vom „Verein Berliner Hausdiener“, Runge, die Mitglieder dieses Vereins nicht nach dem Gewerkschaftsbureau, Rosenstraße 23, 1. Tr., sondern nach dem erstere zwecks Mitherteilung geschickt habe; das hiße gewiß den Boz zum Gärtner machen. Zum Delegierten der Gewerkschaftskommission wurde Kollege Pollich ernannt. Unter Punkt „Verschiedenes“ rügten mehrere Redner das Verhalten der Lokalmission und des „Vorwärts“. Trotzdem bei Erörterung der Volksversammlung am letzten Sonntag alle Kartellen berücksichtigt wurden und die Versammlung von mindestens 500 Personen besucht war, sollen jetzt deren Beschlüsse umgestoßen werden. Dagegen müsse entschieden protestiert werden und zu dem Zweck jeder Genosse in der betreffenden Versammlung am Platze sein.

Die Versammlung wünschte sodann die Aufnahme nachfolgender Resolution im „Vorwärts“, die in der Versammlung, die am 4. Februar in den Konfordiale tagte, gegen den Verein Berliner Hausdiener angenommen wurde:

In Anbetracht, daß der Verein Berliner Hausdiener trotz seines Versprechens der Lokalkommission gegenüber, gesperrte Postale nicht mehr zu besenden, democh im September v. J. der Vorstand des Vereins offiziell mit Fahne und Emblemen bei Käthe, Köpffertstr., erschien; ferner seinen Maskenball am 27. Januar d. J. in der Philharmonie abhielt, auch beabsichtigt zum 24. Febr. ein Zeit im Fernruf abzugeben; erklärt die Versammlung diese Vereinigung nicht als ein Verein betrachten zu können, der auf dem Boden der moderneren Arbeiterschaft Berlin wird dringend aufgefordert, diesen Verein und seine Freie zu meiden.

Ferner fordert die Versammlung die organisierte Arbeiterschaft auf, die Entzerrung von Plakaten, welcher für gesperrte Lokale Propaganda zu machen, energisch in allen Lokalen und Geschäften zu fordern.

(Es ist selbstverständlich, daß der „Vorwärts“ der Lokalkommission zu Veröffentlichungen zur Verfügung stehen muß, ganz gleichgültig, wie sich die Redaktion zur Taktik der Lokalkommission verhält. Die Red. d. „Vorwärts“).

Die Arbeiter der mechanischen Schuhfabriken tagten am 11. d. M. bei Joel, Andreasstr. 21. Kollege Fleischer machte Mitteilung über die Vorkälle in der Fabrik von Oppenheim u. Meyer, Königsstraße, in der durch das Auftreten der Direktrice die Arbeitsniederlegung der Vorrichterinnen und Stepperinnen veranlaßt wurde. Nachdem die Lohnkommission sich ins Mittel gelegt hatte, ist eine Einigung dergestalt erzielt, daß seitens der Fabrikanten das Versprechen abgegeben wurde

darfür Sorge zu tragen, daß sich derartige Fälle nicht wieder ereignen; um einer Maßregelung vorzubeugen, wurde bestimmt, daß innerhalb der ersten vier Wochen keine Entlassung vorgenommen wird. Die Arbeit soll daraufhin am folgenden Montag wieder aufgenommen werden. — Ein weiterer Gegenstand der Verhandlung war die Maßregelung von vier Arbeitern durch den Fabrikanten Gammann, Neue Friedrichstr. 80. Nach den Ausführungen der einzelnen Redner sind die Zustände in dieser Fabrik derart, daß ein schleuniges Einschreiten der sanitären Behörden notwendig erscheint. Von den Rednern, welche in der Diskussion das Wort ergriffen, Käthe, Müller, Menzel, Boz und anderen, wurde die Unterstützung der Streikenden bekräftigt, ebenso das Eintreten für die 19 Kollegen, welche infolge der vorübergehenden Kämpfe noch ohne Arbeit sind. Folgende Resolution wurde einstimmig beschlossen: Die z. Versammlung erklärt das Verhalten der Arbeiter von Oppenheim für gerechtfertigt und verspricht die Unterstützung der Aussperrten. Die Versammlung erblickt im Anschluß an die Organisation das geeignete Mittel, Differenzen dieser Art vorzubeugen.

Am 26. Februar werden die Friseurarbeiten in der Frage der gemeinsamen Organisation für die Arbeiter der Schuhindustrie Beschluß fassen.

In Köpenick (Wilhelmsgarten) fand am 11. Februar eine von etwa 400 Personen besuchte öffentliche Versammlung statt. Genosse A. Hoffmann-Pankow hielt einen beifälligen entgegengenommenen Vortrag über das Thema: „Wann beginnt die Revolution?“ Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Eine längere Debatte entspann sich über den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Wie können wir die Gewerkschaften für Köpenick und Umgegend einheitlich und wirksam gestalten?“ Der Referent Maurer Schigolski-Berlin ermahnte zunächst eindringlich zum Anschluß an die Berufsorganisation und empfahl des weiteren die Bildung eines Kartells nach dem Muster der Berliner Gewerkschaftskommission und zwar in der Weise, daß jede der am Ort bestehenden 12 Gewerkschaften in öffentlicher Versammlung einen Vertrauensmann wählt, die dann gemeinsam die Regelung der an die Gewerkschaften herantretenden Fragen in die Hand zu nehmen haben. Die meisten Redner sprachen sich in ähnlichem Sinne aus. Beschlüsse wurden jedoch nicht gefaßt. Nach Erledigung einer Angelegenheit zwischen den Genossen Boz und Winterfeld gab Genosse Keller zum Schluß bekannt, daß am Sonntag, den 18. d. M., Mittags 12 1/2 Uhr in der Borussia-Brauerei in Niederichinweide eine öffentliche Versammlung aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilbranche stattfinden.

Adlershof. Am 5. d. M. tagte hier eine gutbesuchte Volksversammlung. Reichstags-Abgeordneter Bueß referierte über das Thema: „Christentum und Sozialismus“. Des längeren verweilt Redner bei der Schilderung des Urchristentums und zeigt, wie die ursprüngliche Lehre des Nazareners — die dann allerdings je nach den Bedürfnissen von der Kirche und den Kirchenfürsten in der ihnen zweckdienlich erscheinenden Weise umgemodelt wurde — so manche auch dem Sozialismus nahe liegende Grundsätze vertritt. Christentum und Kirche stehen heute im Widerspruch. Die Kirche ist die Stütze des Klassenstaates, der seine Aufgabe in der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen erblickt. Dem recht beifällig aufgenommenen Vortrag konnte wegen der vorgeschriebenen Zeit keine längere Diskussion folgen, da die Versammlung nur bis 10 Uhr tagen darf. Die Diskussion soll deshalb in der nächsten Versammlung fortgesetzt werden. Zum Schluß wählte die Versammlung eine Sanitätskommission, bestehend aus den Genossen Michels, Reichert und Baumann.

Literarisches.

Unter der rothen Fahne. Blätter aus dem Tagebuch eines Volksschullehrers im Jahre 1911 (1912) von Hermann Lahrssen. Verlag von Peter Götting, Leipzig.

Da liegt uns wieder einmal ein Versuch vor, der die Sozialdemokratie den Carous zu machen durch ein Porträt des angebllichen Zukunftsstaats. Diesmal ist es ein Volksschullehrer, der in den Fußtapsen Eugen Richters wandelt. Angefaßt mit der ganzen Unwissenheit seines Vorgängers ist er an seine Aufgabe herangegangen. Es ist wirklich eine harte Zumutung, diese Schilderungen lesen zu müssen, die auf jeder Seite zeigen, daß der Verfasser sich niemals ernstlich mit dem Studium sozialdemokratischer Schriften befaßt hat. Ihm ist die Sozialdemokratie nur eine kulturzerstörende Bewegung. Schon das Titelbild zeigt das an: Ein nachlässiges Weib mit Schurz und Jakobinerärmeln stampft grimmigen Blids daher über die zerstückelte Demos von Wilo, zerstückte Fruchtbaum und zerstückte Bücher. Und was für Albernheiten enthält uns nun erst das Buch! Der Erzähler, ein Volksschullehrer im Jahre 1911, 9 Jahre nach Einführung des Zukunftsstaates, hat sich mit seiner Gemeinde der neuen Ordnung nicht anbequem. In den Städten schwelgt das schwarzhende Industrie-Proletariat herrlich und in Freude; mittlerweile werden die Wälder abgehakt und ein großer Teil des Landes bleibt unbedarbt, da die landwirtschaftlichen Dienstboten in die Stadt geflohen sind, um an dem dortigen Schlaraffenleben teilzunehmen. Da kommt in das abgelegene Dorf die Ordr, der Normalarbeitstag einzuführen auch in der Schule; der Lehrer soll acht Stunden unterrichten, die Schüler müssen sich acht Stunden unterrichten lassen; das ist nach Auffassung des Verfassers die folgerichtige Anwendung des Normalarbeitstages. Natürlich giebt es deshalb Krach. Der widerspenstige Lehrer wird durch die kommandierenden Demagogen seines Amtes entsetzt und wandert schließlich, nachdem er allerhand Erfahrungen ähnlicher Art gemacht hat, nach Amerika aus. Ganz Eugen Richterisch muthet und die zwischendurch erzählte Geschichte von dem „armen Elender“ an: „Als er nicht länger Lehrer sein wollte, bestellte man ihn zum Gehilfen des Schornsteinfegers in Perlberg; seine Frau kam als Wäscherin ins Heffische, und seine fünf Kinder? Nun die hatte er schon längst in die allgemeinen Erziehungsanstalten abgeben müssen!“ Auf weitere Einzelheiten eingehen lohnt sich nicht, denn wie aus den eben angeführten Proben hervorgeht, sind die Lahrssen'schen Albernheiten nicht einmal originell.

Briefkasten der Redaktion.

- B. S. 47. Ja.
N. N. 100. Kommen Sie mit dem Miethsvertrag in die Sprechstunde.
- S. S. 44. 1. Ja. 2. Sie müssen bis zur Verteilung durch den Verwalter warten. Lohnforderungen gehen aber allen übrigen Konturforderungen vor.
- G., Alsterstraße. Aus Ihrer Zuschrift ist nicht ersichtlich, ob es sich um wirkliche Mißstände oder um Klaisereien handelt. Im ersten Falle sprechen Sie bei uns vor.
- G. H. 1. In der französischen Volksschule wird keine Religion gelehrt. 2. Wenden Sie sich an die Expedition des „Vorwärts“.
- G. S. 36. Dr. Jabel, Innenstr. 46.
Winter. Hoffentlich sind Sie damit einverstanden, daß wir Herrn Meyer das Wort zur Verteilung gegeben haben.
- K. K. Eine Biographie im Briefkasten zu geben, können Sie wohl doch nicht recht verlangen.
- Davos. Lungenschwindsucht.
- Zwei Wetteube. „Goran.“
- G. H. 2. Die fünfjährige Wahlperiode wurde vom Kartell-reichstag am 7. Februar 1888 mit 183 gegen 95 Stimmen beschlossen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 13. Februar.
Opernhaus. 8. Sinfonie-Abend.
Schauspielhaus. Jofy und Schwert.
Festung-Theater. Madama Sans-Gene.
Deutsches Theater. Des Meeres und der Liebe Wellen.
Berliner Theater. Rean.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Leutnant zur See.
Residenz-Theater. Der Mustergatte.
Neues Theater. Jugend.
Central-Theater. Herr Coulisset. — Berlin 1893.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Viktoria-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant.
Alexanderplatz-Theater. Dorf und Stadt.
National-Theater. Bajazzi. — Der Teufel in Berlin. — Charley's Tante.
American-Theater. Lumpen-Susanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin.
Theater Unter den Linden. Der Obersteiger.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.
 Große Frankfurterstraße 192.
 Doppelvorstellung zu einfachen Preisen.
 Novitäten! Novitäten!
„Bajazzi“
 Parodistische Oper v. Hugo Busse.
 Hierauf:
Der Teufel in Berlin.
 Große Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Eugen Prubens. Musik von H. Wiedede. Regie: Max Samst.
 Zum Schluss:
Charley's Tante.
 Große parodistische Posse mit Gesang und Tanz von Hugo Busse.
 Musik von Adolph Wiedede.
 Regie: Max Samst.
 Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. — Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Der Teufel in Berlin.
 Hierauf: Charley's Tante.
 In Vorbereitung: Die Weber. Schauspiel in 4 Akten.

Central-Theater.
 Alte Jakobstraße 30.
 Zum 18. Male:
Herr Coulisset.
 Schwank in 3 Akten v. Blum u. Tschö.
 Hierauf zum
Berlin 1893.
 Neu in 2 Akten v. L. Leipziger.
 Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.
 Dresdener-Straße 55.
 Jeden Abend 8 1/2 Uhr:
Lumpenusanne
 oder:
Die Obdachlosen von Berlin.
 Parodistisch-realistisches Traumbild aus dem Winkel (frei nach dem Verbrecher-Album) bearb. v. Oskar Wagner.
 Lumpenusanne, gen. „Die Gräfin“, ein schon geprägtes Mädchen.
 Franziska Hiser.
 Die Bombe, Aftervermietlerin im Winkel des „Sonnenaufgangs“
 Josephine Delicisseur.
 Brunwald — mit bewegter Vergangenheit
 Martin Bondix.
Täglich: Auftreten des besten Baudeudners d. Jetztzeit
H. Blank.
 Ferner u. a.:
„Direktor Hippe“
 von Martin Bendix,
 sowie Hugo Schulz, Alfred Bender.
 Anfangs Wochentags 7 1/2 Uhr,
 Sonntags 6 1/2 Uhr.

Nur noch kurze Zeit!
Präseher's anat. Museum.
 Neu: polyp, Brustfellentzündung, Lungenentzündung, Lunge mit Tuberkulose, Herz mit Klappenfehler, Magen mit Entzündung, mit Geschwären, Leber- und Milzkrankheiten.
Schulkanal durch fünf Körper,
Gladiatorenkampf,
 täglich für erwachsene Herren, Dienstag und Freitag für **Damen.**

Nur noch kurze Zeit!
Präseher's anat. Museum.
 Neu: polyp, Brustfellentzündung, Lungenentzündung, Lunge mit Tuberkulose, Herz mit Klappenfehler, Magen mit Entzündung, mit Geschwären, Leber- und Milzkrankheiten.
Schulkanal durch fünf Körper,
Gladiatorenkampf,
 täglich für erwachsene Herren, Dienstag und Freitag für **Damen.**

Adolph Ernst-Theater.
Charley's Tante.
 Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas.
 Vorher:
Die Bajazzi.
 Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.
 Musik von Franz Roth.
 In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Kaufmann's Variété
 Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung
 und **Konzert.**
Ein Stiergefecht in Cadix.
 Große Ausstattungs-Parodie.
 Pantomime, ausgeführt von den spanischen Clowns Hermandos.
 Neu! Fr. Elsa Zeller, Kostüm-Soubrette. The Willon's, Doppel-Jongleure. Geschw. Gläser, Gesang- u. Instrument-Duettsintinnen.
 Anfang: { Sonntags 8 Uhr.
 { Wochentags 8 Uhr.
 Entree Wochentags 50 Pf.

Böhmisches Brauhaus,
 Landsberger Allee.
Dienstag, den 13. Februar er.:
Stettiner
Sänger
 Anfang 8 Uhr.
 Entree 50 Pf.
 Im Vorverkauf 40 Pf.
 (siehe Plakate).
 Zum **letzten**
Male:
Eine Soiree bei Lehmann's.
 Gr. parodistisches Ensemble von Meyfel.

Alcazar.
 Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage).
 Sensationeller Erfolg
 der Geschwister Gottlieb:
Die Baby's.
 Orig.-Szene von Max Larfen.
8kt Berliner Blut u. s. w.
 Entree 15 Pf. Reserviert 30 Pf.
 R. Winkler.

Gratweil'sche
Bierhallen
 Kommandantenstr. 77-79.
 Welt u. größt. Etablissement. Perf.
Täglich abwechselnd. Programm
bei freiem Entree
 der ersten Wiener Damenkapells
„Mikloska“
 und Auftreten von
Künstlern u. Spezialitäten
I. Ranges.
Mr. Kauning, Concertmal.
 Derselbe wird innerhalb 15 Minuten ein Delgemälde malen, welches nach Schluss der Vorstellung gratis verlost wird.
 Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.
 8 Regelbahnen, 6 Billards, pro Stunde 60 Pf.
C. Koch, fr. Cambrinus.
Säle für Versammlungen
 und **Festlichkeiten**
 sind noch an verschiedenen Tagen zu haben.

Circus Renz.
 (Karlstraße.)
Dienstag, den 13. Februar er.,
 Abends 7 1/4 Uhr:
Nur noch einige Male:
Ein Künstlerfest.
 Ueberraschende Licht- und Wassereffekte.
Grosses Pracht-Feuerverk.
 Außerdem: Gala-Mustering sämtlicher Reiterwerbungen für den Marstall. Blondel, österreichischer Hengst, vorgeführt vom Direktor Fr. Renz. Das Schulpferd Mastoso, geritten von Fel. Oceana Renz. Die Trapezkünstlerinnen Geschw. Hoffmann. Fel. Agnes als Jongleurin zu Pferde. Km. Ella in ihren Dauersprünge durch 40 Ballons etc.
Mittwoch: Ein Künstlerfest.
Preise wie gewöhnlich.
Fr. Renz, Direktor.
Rechtsbureau des königlichen Amtsräthlers D. Alte-Jakobstr. 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 1088b

Unseren Freunde und Genossen
Albert Voigt
 zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum ein donnerndes Hoch!
 224/10 E. W. K. G. G. B.

Martha Popitz
Robert Voigt
 Verlobte. 1711b
Buchbinder-Verband
 Den Mitgliedern zur Nachricht, dass unser Kollege
Paul Willmann
 am 9. d. M. verstorben ist. — Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. Februar, Nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Krankenhaus „Urban“ aus nach dem kath. St. Michaels-Kirchhof (Hermannstraße) statt.
 Um zahlreiche Theilnahme bittet
 Der Vorstand.

Danksagung.
 Allen Freunden, Verwandten u. Bekannten für die herzliche Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben unvergesslichen Mannes sage ich hiermit meinen besten Dank.
 1726b
Wwo. Dornbusch nebst Tochter.

Danksagung.
 Für die mir am Tage meines Jubiläums gespendeten Glückwünsche, sowie werthvollen Geschenke und Ehrenbezeugungen, sage ich allen Theilnehmern, insbesondere aber meinen Herren Gess., meinen ergebenen und aufrichtigsten Dank.
 1715b
Hugo Schmauch.

Passage-Panopticum.
 Im Theater-Saal,
 ohne Extra-Entree:
Nord und Süd,
 Liebespiel
 von R. Linderer.
 Auftreten samml. Spezialitäten.

Castan's
Panoptikum.
 Ecke Friedrich- und Behren-Strasse.
 Nur noch kurze Zeit:
Märchen-Cyclus.

Zentral-Kranken- u. Begräbnis-
Kasse der Tapezireur.
 Die Quartals-Versammlungen finden folgendermaßen statt:
Filiale I (Süden):
 Mittwoch, den 14. Februar, Abends 8 1/2 Uhr bei Poly, Alte Jakobstraße 75 im Tunnel.
Filiale II (Norden):
 Mittwoch, den 14. Februar, Abends 8 1/2 Uhr bei Hilgenfeld, Bergstraße 60.
Filiale III (Osten):
 Dienstag, den 13. Febr., Ab. 8 1/2 Uhr, bei Wille, Andreastr. 26.
 Um zahlreichen Besuch bitten
 818/5
Die Ortsvorstände.

100 Mark Belohnung!
 In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag ist vom Schlesischen Bahnhof bis zur Großbeerenstraße ein **rothbrauner Koffer** mit Handgriff von einer Gepädröhrle verloren gegangen. 1715b
 Gegen Rückgabe desselben obige Belohnung bei
Franz Wieland,
 Zigarren-Handlung, Oranienstr. 137.

Dr. Krüger's Speise-Öl
 ist das anerkannt beste. Fabrik-Lager
 Staltheferstr. 103. 1717b

Empfehle mein Geschäft in trisojen
 Blumen und Kränzen. 5441 L
Robert Meyer,
 Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.
 NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Restaurant m. voll. Konzeßion
 Krankheits halber zu verkaufen. Näb.
 Wallner Theaterstr. 25. 1712b

Louisenstädt. Klubhaus,
Annenstraße 16.
 Saal zu Versammlungen und Vergnügen sowie Vereinszimmer empfehlt
 5488/2
L. Ehrenberg.

Saal und Vereinszimmer, 613 120
 Personen fassend, frei. Alte
 Jakobstr. 83. 1684/5
Kleiderspind musbaum, neu spottb.
 Oranienstr. 103, III r.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Versammlung
 am Mittwoch, 14. Februar, Ab. 8 1/2 Uhr, bei Müller, Johannistr. 20.
Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Alles:** Die Stellung der sozialdemokratischen Partei zu den Handelsverträgen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste haben Zutritt.
 Um recht zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.
 Die **Zahlstellen** des Vereins befinden sich bei Fritz Krüger, Dörtenstr. 10; Wittchow, Kl. Hamburgerstr. 27; P. Weber, Landsbergerstr. 41; Richter, Neue Königstr. 90; Achilles, Greifswalderstr. 210.
 Das **Stiftungsfest** findet am 24. Februar im **Schweizergarten** statt. **Billets** sind bei den Zahlstellen und in den mit Plakaten belegten Lokalen zu haben. 879/5

Gauverein Berliner Bildhauer.
Dienstag, den 13. Februar, Abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokale des Herrn Ehrenberg, Annenstraße Nr. 16:
Versammlung.
Tagesordnung:
 1. Geschäftliches. 2. Wie stellen sich die Bildhauer zu den Regie-Arbeiten? Referent Kollege Dupont. 3. Steinbildhauer-Abend. 4. Verschiedenes. — Um zahlreichen Erscheinen wird gebeten. 148/13

Frauen- u. Mädchen-Bildungsverein
 des arbeitenden Volkes für Berlin und Umgegend.
Wander-Versammlung der Filiale Nord
 am Mittwoch, 14. d. M., Ab. 8 Uhr, im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 35.
Tages-Ordnung:
 1. Vortrag der Genossin Frau Reimann: Ist das Proletariat international? 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes. Herren und Damen als Gäste willkommen. 460/12
 Um zahlreichen Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Berein d. Lithographen, Steindrucker
 und Berufsgenossen Deutschlands (Filiale Berlin).
General-Versammlung
 am Donnerstag, 15. Februar, Ab. 8 1/2 Uhr, bei Philipp's, Rosenthalerstr. 38.
Tages-Ordnung:
 1. Kassenbericht. 2. Bericht der Fänsler-Kommission über die Errichtung eines Vereinsbüros. Referent Kollege R. Schöpke. 2. Diskussion und Verschiedenes.
 Um recht zahlreichen Besuch bittet
Die Verwaltung.

Verein der Berliner Hilfskassenärzte.
 Zu der am Dienstag, den 13. Februar, Abends 9 Uhr, in Gratweil's Bierhallen stattfindenden Versammlung behufs Besprechung der Vertragserneuerung ladet der unterzeichnete Vorstand sämtliche Vorsitzende und Bevollmächtigte der Freien eingeseh. Hilfskassen von Berlin und den Vororten, sowie ihrer Filialen, soweit persönliche Einladungen nicht direkt ergangen sind, ergebenst ein.
 Der Vorstand des Vereins der Berliner Hilfskassenärzte. 68/7

Orts-Krankenkasse der Schuhmacher.
Öffentliche Versammlung für die Mitglieder
 am Mittwoch, den 14. Februar 1894, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Seefeldt, Grenadierstrasse 33.
Tages-Ordnung:
 1. Erledigung der Beschuldigung von Jänich gegen Niederauer. 2. Anträge zur nächsten Generalversammlung. 3. Stellungnahme zur Zentralisation der Ortskassen. — Um zahlreichen und pünktliches Erscheinen ersucht
 Der Einberufer: F. Valerius, Wendelsohnstr. 14.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 (Zahlstelle Berlin).
Vertrauensmänner-Versammlungen.
Norden (Wedding-Gesandbrunn): Mittwoch, den 14. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Colberger Salon, Colbergerstr. 23.
(Rosenthaler-Vorstadt): Montag, den 19. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Bergstr. 68. 482/9
Tages-Ordnung:
 1. Besprechung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 2. Abgabe der statistischen Fragebogen.
 Um rege Theilnahme ersucht
Die Ortsverwaltung.

Buchhandlung des „Vorwärts“
 Berlin SW., Beuthstr. 2.
 Neu erschienen:
Internationales aus dem „Volksstaat“
 Von **Friedrich Engels.**
 72 Seiten 8° Preis 30 Pf. — **Wiederverkäufer Rabatt.**
 Die Broschüre enthält u. A. die längst vergriffene Schrift: „Die Bakunisten an der Arbeit“ und das „Programm der blanquistischen Kommunefüchtlinge“, deren Neudruck gerade in der heutigen Zeit den Genossen um so willkommener sein muß, weil hier an der Hand der historischen Ereignisse eine vernichtende Kritik des arbeiterschädlichen Treibens der Anarchisten und ihrer bombastischen Deklamationen geliefert ist.
 Künstl. Zähne 2 M., Plomben 1,50 M., schmerzloses Zahnziehen u. Nervlöthen 1 M. Zahnarzt Robert Wolf, Leipzigerstr. 22, Sprechst. 8-7 Uhr.
 Hierzu zwei Beilagen

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

47. Sitzung vom 12. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Stephan, Fischer u. A. Die Beratung des Etats der Post- und Telegraphen-Verwaltung wird fortgesetzt.

In der Betriebsverwaltung werden für die Oberpostdirektoren (40 Oberpostdirektoren, 144 Oberpost- und Posträthe, 18 Postbauräthe, 156 Post- und Telegraphen-Inspektoren, 9 Postbau-Inspektoren) insgesamt 58 950 M. für 9 Posträthe und 4 Postinspektoren mehr verlangt.

Das Zentrum (Abgg. Graf Humpel u. Gen.) haben zu diesem Titel folgende Resolutionen eingebracht: Den Reichstanzler zu ersuchen, veranlassen zu wollen, daß die Annahme und Bestellung gewöhnlicher Pakete der Reichspost an Sonn- und Feiertagen mit Ausnahme der Weihnachtszeit (18.—30. Dezember) auf Eilsendungen beschränkt werde.

Abg. Euzens (Z.) weist darauf hin, daß er sich seit 16 Jahren bei der Beratung der Postetat zur Aufgabe gestellt habe, für die Innehaltung der Sonntagsruhe und Sonntagsheiligung durch die Beamten unter Berufung auf das göttliche Gebot einzutreten.

Staatssekretär v. Stephan: In unseren Bestrebungen, die Sonntagsruhe immer allgemeiner durchzuführen, fahren wir unaufgefordert fort, wenn wir es auch nicht mit der strengen Auffassung des alten Testaments, sondern des erheblich milderen des neuen halten, die da besagt: Der Mensch ist nicht um des Sabbaths willen, sondern der Sabbat um des Menschen willen.

Abg. Geisler (N.) tritt für den Antrag des Zentrums ein. Die Gegenstände des General-Postmeisters seien nicht stichhaltig.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.): Der Vorschlag einer erhöhten Bestellgebühr für Sonntagbestellungen würde auf den Verkehr ganz außerordentlich nachtheilig wirken.

Freie Volksbühne.

Am 11. Februar-Vorstellung bietet die „Freie Volksbühne“ ihren Mitgliedern Schiller's Trauerspiel „Kabale und Liebe“, das für die I. Abtheilung am Sonntag im „National-Theater“ aufgeführt worden ist.

Auf eine Wiedergabe der Handlung des Stückes kann diesmal verzichtet werden. Das Schicksal der Musikanten-töchter Luise Millerin und des Ministersohnes Ferdinand von Walter ist am Ende den meisten derjenigen unter unseren Lesern, welche diesen Zeilen Interesse entgegenbringen, bekannt genug.

Ab. Zimmermann (Antisemit): Wir sind auch für den Antrag Humpel und wünschten, derselbe ginge noch weiter. Der gesammte Dienst bei der Post fordert bei den Unterbeamten zu einer kändigen Kritik heraus.

Abg. Schädler (Z.): Wir verlangen unsere Resolution für den Postbeamten, der doch sozusagen auch ein Mensch ist. Wenn man einseitig die Handelskammern befragte, wie der Herr Staatssekretär anzusehen scheint, dann würden wir wohl überhaupt zu keiner Einschränkung kommen.

Abg. Singer (Sp.): Die sind hier nicht auf einem kirchlichen Konzil, um die Unterschiede zwischen Judentum und Mohamedanismus, zwischen Katholizismus und Protestantismus zu erörtern, sondern wir müssen uns aus wirtschaftlichen und sozialen Rücksichten mit dieser Frage beschäftigen.

dem sogenannten historischen Hintergrund, von dem sich die Handlung abhebt. Und, wenn nicht allein, so doch in erster Linie um dieses Hintergrundes willen gehört „Kabale und Liebe“ auf die Volksbühne im proletarischen Sinne.

die Industrie weiter versorgen, und ihren eigenen Leuten Sonntags Ruhe gönnen soll. Den Vorschlag des Abg. Zimmermann, die Schalterstunden zu verlegen, halte ich für durchaus vernünftig.

Abg. von Standt (N.) widerspricht der Auffassung, daß der Sonntag vor allem der Zerstreuung und dem Vergnügen gewidmet sein soll.

Staatssekretär v. Stephan erwidert, daß das Raffeln der Postwagen durch die Strophen am Sonntage erheblich weniger Störungen verursache als der sonstige Wagenverkehr.

Nachdem noch die Abgg. Kröber (Sp.) und Gröber (Z.) für die Resolution eingetreten sind und Abg. Müller-Sagan auf die Ausführungen des Abg. Singer erwidert hat, wird der Titel bewilligt.

Bei Titel 20 (Post- und Telegraphenämter) verlangt Abg. Müller-Sagan eine genaue Uebersicht über die Vertheilung der einzelnen Gehaltsstufen von 3000 bis 5400 M. auf die Inhaber der sogen. Militär-Postämter.

Nach einer kurzen Erörterung des Direktors im Reichspostamt Fischer wird der Titel bewilligt.

müß dieses Drama bei aller Ueberschwänglichkeit der Sprache, die zwar für die Zeit des jungen Schiller kaum etwas Befremdendes an sich hatte, aber unserer Zeitverhältnisse wunderbarlich genug erscheint, gerade auf ein proletarisches Publikum auch heute noch den Eindruck eines vollen Wirklichkeitsbildes machen.

Ueber die Aufführung selber nur wenige Worte. Die Darsteller fanden lebhaften und wohlverdienten Beifall. Zur Besetzung der Hauptrollen waren so viele Gäste angeworben worden, daß für das Personal des National-Theaters diesmal nicht viel übrig blieb.

Abg. Müller-Sagan, in wie weit die Oberpostsekretärstellen mit Beamten besetzt werden, welche aus dem Klevenstande hervorgegangen sind, aber nicht die zweite Prüfung bestanden haben.

Direktor Fischer erklärt sich außer Stande, eine Statistik dieser Art zu geben, da er auf die Frage nicht vorbereitet sei.

Bei Tit. 2, Oberpostassistenten und Postassistenten, bemerkt

Abg. Müller-Sagan: Der Chef der Verwaltung habe das Recht der Beamten zur Unzufriedenheit anerkannt, aber das Recht, Unzufriedenheit zu erzeugen, bestritten. Nach ungemein zahlreichen Mitteilungen aus der Mitte dieser Beamtenklasse, auf deren Zuverlässigkeit man sich zunächst zu verlassen habe, müsse man zu der Auffassung gelangen, daß die Postassistenten verfehlt und verschädet werden lediglich deshalb, weil sie sich an die Spitze der Bewegung stellen, ohne sich irgendwie dienstlich oder außerdienstlich vergangen zu haben. In dieser Weise vorzugehen, sollte die Verwaltung unterlassen, dann würde sie am meisten dazu beitragen, die Unzufriedenheit im Postassistentenverband zu verringern.

Abg. Singer: Die Stellung der Reichs-Postverwaltung zum Assistentenverband ist in den letzten Jahren wiederholt hier zur Sprache gekommen. Trotzdem von Seiten aller Parteien des Reichstags das Recht der Postassistenten, sich zur Förderung ihrer wirtschaftlichen Interessen zusammenzuschließen, anerkannt ist, hindert die Postverwaltung die Assistenten, indem sie dies Recht scheinbar verheißt, von demselben Gebrauch zu machen. Der Begründung eines Verbandes für Elbsch-Verbindungen hat man von Seiten der Verwaltung die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt, dieselbe ist aber dennoch erfolgt. Der betreffende Postassistent Dietrich in Schillingheim ist verfehlt worden, weil er nach den Erklärungen der Regierungsdirektoren in der Budgetkommission sich infolge seiner Tätigkeit für den Verband im Dienste laßig gezeigt habe. Ich weiß nicht, in wie weit dies zutrifft. Jedenfalls ist ihm vorher eine Ermahnung seitens seines Vorgesetzten zu Teil geworden. Im übrigen ist bekannt, daß die Postverwaltung mit der Maßregelung militärischer Beamten nicht lacht. Wie ein rother Faden zieht sich durch die Reichspostverwaltung der Umstand, daß derjenige, der es wagt, Bestrebungen zu vertreten, die nach Auffassung der Reichs-Postverwaltung gegen die Disziplin verstoßen, um weniger dienstlich gemäßigter, verfehlt wird u. s. w. Die Assistenten haben als Staatsbürger nach dem Gesetz ein Recht, einem Verein beizutreten, um ihre Lage zu verbessern und für ihre Interessen Propaganda zu machen. Die Postverwaltung hat in der Kommission einen sehr bequemen Standpunkt eingenommen, indem sie sagte: Wir verbieten den Assistenten nicht, dem Assistentenverband beizutreten, sie dürfen nur nicht agitieren; wir erkennen den Beamten das Recht der Unzufriedenheit zu, aber sie dürfen dieses Gefühl nicht erregen und denselben nicht Ausdruck geben.“ Das ist ein Spiel mit Worten, denn ein solches Verbot ist gleichbedeutend mit der Beseitigung des Vereins. Dazu haben die Assistenten den Verband nicht gegründet, um sich in Loyalitätsbezeugungen gegen ihren obersten Chef zu ergehen, das thun sie so schon mehr als genug. Lassen Sie überhaupt den Assistentenverband zu, so müssen Sie ihn auch die Agitation gestatten, die zur Erreichung seiner Zwecke nötig ist. Die Gründung des Verbandes beweist, daß soviel Stoff zur Unzufriedenheit vorhanden ist, daß sich die Beamten zentralisieren müssen, um mit vereinten Kräften für die Beseitigung der Ursachen der Unzufriedenheit zu wirken. Die Postverwaltung sollte sich gar nicht über diese Unzufriedenheit aufregen, denn Unzufriedenheit ist eine Quelle der Kultur und des Fortschritts. Wäre der Staatssekretär bei seinem Eintritt in sein Amt nicht mit den Zuständen seines Ressorts unzufrieden gewesen, so hätte er nicht so unendlich viele Fortschritte durchführen können. Die Vorherrschaft des Verbandes werden gemäßigter und bestraft. Der Erfolg entspricht dieser Taktik. Wenn der Assistentenverband wirklich von 3500 auf 1500 Mitglieder zurückgegangen ist, so kann man das wohl als einen Pyrrhusieg der Postverwaltung bezeichnen, denn das Maß der Unzufriedenheit ist sicherlich nicht in diesem Grade vermindert. Damit drängen Sie nur die berechtigten Wünsche der Beamten von der Oberfläche zurück und veranlassen die Leute, die Faust in der Tasche zu halten. Die Verwaltung erzieht sich damit nur Eitelkeit und Heuchelei. Deshalb muß der Reichstag klar und unabweislich aussprechen, daß das Verhalten der Postverwaltung gegen den Assistentenverband den Gesetzen widerspricht. Was die Postverwaltung als Agitation und Verhetzung ansieht, können die Assistenten nur als den wahrheitsgemäßen Ausdruck der in ihrem Beamtenverhältnis herrschenden Zustände betrachten. Es ist kein Lob für die Postverwaltung, daß sie bemüht sein muß, den Assistenten den Mund zu verbieten, damit sie über die Zustände in ihrer Verwaltung nicht sprechen. Mit dem Agitieren verbieten Sie überhaupt das Reden und die Postverwaltung wirft sich hier in der Beurteilung über das, was Agitation ist, zum Richter in eigener Sache auf. Die Postverwaltung sollte sich endlich einmal auf den einzigen ihrer wärtigen Standpunkt stellen, daß sie sich um das außerdienstliche Verhalten der Assistenten, soweit es nicht auf Grund des Disziplinargesetzes zu verfolgen ist, nicht kümmert. Der Assistentenverband thut nichts anderes, als alle anderen auf Grund des Vereinsgesetzes bestehenden Vereine. Je mehr Sie es dem Verbands verweigern, seine Interessen in geordneter Weise zu vertreten, desto mehr schmälern Sie nicht nur der Assistenten staatsbürgerliche Rechte, sondern auch das Ansehen der Postverwaltung und den Ruf, daß in Deutschland für jeden Staatsbürger gleiches Recht gilt. Wir Sozialdemokraten können ja von diesem gleichen Recht ein Lied singen. Die Behandlung der Sozialdemokraten ist das gerade Gegenteil davon. Die Postverwaltung ist sonst garmicht blöde darin, sich des Assistentenverbandes für ihre Zwecke zu bedienen, wenn es sich um irgend eine Demonstration zu Gunsten der Verwaltung oder um eine Kollekte unter den Beamten handelt. Die Postverwaltung dürfte dem Assistentenverband nicht zumutken, auf seine staatsbürgerlichen Rechte zu verzichten, schon um sich nicht in den Verdacht zu bringen, daß die Klagen der Assistenten gegen die Verwaltung begründet sind. Warum bestraft die Postverwaltung nur die Postassistenten und belehrt sie nicht in der ihr offenstehenden „Berlebs-Zig.“ Die Post macht sich zum Organ der Polizei, um abscheuliche Beamte zu verbieten, für die Postverwaltung unangenehme Dinge zu sagen. Der Reichstag darf nicht dulden, daß einem sehr großen Teil der deutschen Mitbürger Unrecht geschieht, und ich bitte dringend, eine Resolution anzunehmen, welche den Reichsminister auffordert, dafür Sorge zu tragen, daß das Verfahren der Reichspost-Verwaltung in eine Bahn einlenkt, welche noch den Anspruch auf anständig und gesetzlich machen kann.

Präsident v. Levetzow: Ich habe mir das amtliche Stenogramm der Rede des Herrn Singer kommen lassen und ersehe, daß er der Postverwaltung den unverhüllten Vorwurf der Unanständigkeit und Gefährdung gemacht hat. Ich rufe den Abg. Singer deswegen nachträglich zur Ordnung!

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Deutsch-sozial. Antijemiten): Ich bedaure sehr, daß die Herren Schoenlant und Singer hier so heftige Reden gegen die Postverwaltung gehalten haben; aber noch weit bedauerlicher ist es, daß diese Herren mit ihren Beschwerden fast durchweg Recht haben. Wenn Herr Schoenlant gesagt hat, wenn Herr Singer aus Stolz heute Postassistent wäre, er würde der eifrige Verbändler und der wüthendste Sozialdemokrat sein, so ist das nur zur ersten Hälfte vielleicht richtig; denn ein wüthender Sozialdemokrat würde er nicht sein, da der Verband aus königstreuen Beamten besteht, die sozialdemokratische Tendenzen weit von sich weisen. Ich bin sehr besorgt darüber, daß die mit von Herrn Direktor Fischer versprochene Untersuchung aller im vorigen Jahre von mir vorgeführten Fälle nicht eingetreten ist. Ich habe Fälle aufgeführt, wo es sich um eine Verletzung des Brief- und Telegraphengeheimnisses handelte, ich bin auch für Bestrafung unerlaubter Agitationen; aber dan-

solte man auch gegen Herrn Frießbach einschreiten, der den Postbeamten in einer schon nicht mehr schönen Weise das Klebergeschloß von Eduard Sacht, einem Juden, aufgedrängt hat. Der Verband erstirbt mit Recht eine Aenderung dahin, daß die Assistenten auch zu Sekretärstellen aufsteigen können. Nach meiner Anschauung ist übrigens nicht die Unzufriedenheit, sondern die Zufriedenheit die Quelle aller Kultur. Die Verletzung des Beamten Dietrich in Schillingheim geht nach meinen Informationen doch auf die Tätigkeit dieses sehr tüchtigen Beamten bei dem Verbands zurück. In dem laufenden Jahre ist wiederum in einigen Fällen Mitgliedern des Verbandes gegenüber das Brief- und Telegraphengeheimnis verletzt worden, und damit wird auch eine Gesetzesverletzung begangen. (Redner führt einige solcher Fälle ausführlich vor.) Ein Postbeamter darf auch nach einem Geheimbeleg die Verbandstage nicht besuchen; einer derselben wurde infolge eines Verstoßes gegen dieses ihm nicht bekannte geheime Verbot als Postassistent nicht bekräftigt. Die Verletzungen innerhalb der Postverwaltung, im Interesse des Dienstes finden auch gar häufig, theils als Maßregel gegen den Assistentenverband, theils als Maßregel gegen den Antijemitenklub statt. Daß das Liebeswerben der Sozialdemokraten bei den Postbeamten Früchte trägt, glaube ich nicht; durch die Berührung mit den Herren Singer und Schoenlant werden diese Beamten doch alle zu Antijemiten gemacht, denn sie kennen nur zu gut den Spruch: Timeo Judaeos et dona ferentes! (Heiterkeit rechts.)

Direktor Fischer: In dem einen Falle hat der Vorseher ungewissermaßen seine Befugnisse überschritten. Er ist wegen dieses Uebersiegens von dem ihm vorgelegten Ober-Postdirektor mündlich reprimiert worden. In Halle liegt die Sache vermuthlich ähnlich, und wir sind gerne bereit, noch nachträglich eine Reklamation einbringen zu lassen. Die angebliche Verletzung des Briefgeheimnisses in Stralsburg hat sich auf Grund amtlicher Vernehmung als unwahr herausgestellt. Dasselbe gilt von den Mittheilungen aus Brunsal. Es ist dort keinem Beamten wegen eines Todesfalles der Urlaub verweigert worden. Der Vorredner hat dann noch behauptet, daß Ober-Postdirektor Griesbach in Berlin und ein Ober-Postdirektor in Magdeburg sich zu Agenten für jüdische Geschäftskreise hergegeben hätten. Ich bedaure, daß aus dem Material nicht vorher zugänglich gemacht worden ist. In diesem Augenblick kann ich nur versprechen, daß die Fälle sorgfältig werden geprüft werden.

Abg. Liebermann von Sonnenberg wird von der Bereitwilligkeit des Direktors Fischer gern Gebrauch machen.

Abg. Förster (Ant.) tritt für die Berechtigung der Postassistenten zum Austritt in die Postsekretariate ein. Aus den Maßregelungen wegen Zugehörigkeit zum Postassistentenverband führt Redner den Fall an, daß der Heirathskonkurs nur unter der Bedingung erteilt werden sollte, daß der betreffende Heirathsstandbaud aus dem Verbands ausscheide. Warum dulde man die Beamten, die Offiziersvereine, die doch auch nur wirtschaftliche Ziele haben, die innerhalb ihrer Klassen genau dasselbe wollen, wie der Postassistentenverband? Es liege hier thatsächlich die Krankheit eines den Postassistenten zustehenden staatsbürgerlichen Rechts vor. Verhörungen von Breslau nach Köln, von Hagen nach Remel seien nicht selten. Die Ertheilung des guten Rathes, dem Postassistentenverband nicht beizutreten, komme doch dem direkten Verbote gleich. Wenn es geheime Verbote nicht giebt, wie die Verwaltung behauptet, dann sollten doch einmal im Amtsblatt der Postverwaltung die Ober-Postdirektoren angewiesen werden, dem Realisationsrecht der Postassistenten nichts in den Weg zu legen.

Abg. v. Kardorff (Hpp.): Die Assistenten können nicht zu Sekretären befördert werden, dagegen sträubt sich die Postverwaltung mit Recht. Ob vielleicht noch eine Zwischennstufe eingerichtet werden kann, will ich dahingestellt sein lassen; an den Gehaltsverhältnissen wird schwerlich etwas verändert werden können. Für die höhere Postverwaltung ist die Ablegung des Abiturientenexamens erforderlich. Diese Bedingung erfüllen die Postassistenten nicht.

Darauf wird ein Verlagsantrag angenommen.

Abg. Schoenlant, der eine persönliche Bemerkung mit den Worten beginnt: „Herr v. Kardorff, ich kann Ihnen nur den Rath geben...“ wird bei diesen Worten vom Präsidenten unterbrochen, der ihm, weil er keine persönliche Bemerkung mache, das Wort entzieht.

Schlus 5¼ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Berathung und Wahlprüfungen.)

Lokales.

Als ein „Muster“ von Arbeitgeber erweist sich der Berliner Magistrat besonders in den städtischen Gasanstalten. In seinem neuesten Bericht über diesen Zweig der städtischen Verwaltung heißt es bei dem Titel „Arbeitslöhne“: „Die den Arbeitern der Gasanstalten bewilligten Lohnsätze haben eine Aenderung nicht erfahren, indem die in den letzten drei Jahren gewährten Lohnerhöhungen vollständig ausreichend waren, um zu jeder Zeit die für den Betrieb der Anstalten erforderliche Anzahl von Arbeitern zu den verschiedenenartigen Leistungen zu stellen.“ Die Verwaltung der städtischen Gasanstalten steht also auf dem Standpunkte, daß Lohnerhöhungen nur dann zu gewahren sind, wenn die bisher gezahlten Löhne nicht mehr ausreichend sind, um dafür zu jeder Zeit die erforderliche Anzahl von Arbeitern bekommen zu können. Private Unternehmer nennen dieses Verfahren, das sie ganz selbstverständlich finden, Ausnutzung der Konjunktur. Augenscheinlich hält es auch der Magistrat, der ja allerdings in den Gasanstalten auch nur als Unternehmer auftritt, für durchaus selbstverständlich. Aber eine derartige Ausnutzung der Konjunktur führt leicht zur Ausbeutung der Nothlage der Arbeitssuchenden. Private Unternehmer benutzen denn auch thatsächlich die Zeit der Arbeitslosigkeit dazu, die Löhne ihrer Arbeiter sogar noch herabzusetzen. Wieleicht wird auch die Verwaltung der städtischen Gasanstalten gelegentlich dasselbe versuchen, sobald sie zu der Ansicht gelangt ist, daß die augenblickliche Lage des Arbeitsmarktes es ihr ermöglicht, selbst bei geringeren Löhnen die erforderliche Anzahl brauchbarer Arbeiter zu bekommen. Sie befindet sich ohnedies bei der Eigenart ihres Betriebes in der angenehmen Lage, von dem nach der Jahreszeit schwankenden Angebot von Arbeitskräften doppelt profitieren zu können. Im Sommer, wenn das Meer der Arbeitslosen sich etwas verringert, kann sie einen Theil ihrer Arbeiter entlassen, weil dann die Gasproduktion eingeschränkt wird. Im Winter dagegen, wenn sie wieder mehr Arbeiter einstellen muß, weil dann die Gasproduktion wieder gesteigert werden muß, bietet sich ihr eine übergroße Zahl von Arbeitssuchenden an, da die Zahl dieser sich inzwischen wieder vermehrt hat. So braucht sie weder im Sommer noch im Winter die Löhne zu erhöhen. Angebot und Nachfrage sind bei den Gasanstalten immer in schönster Uebereinstimmung. Die Verwaltung der städtischen Gasanstalt hat die Vorzüge dieser vortheilhaften Einrichtung schon in dem Bericht über das vorletzte Betriebsjahr hervorgehoben, indem sie mit behaglichem Schwunzen bemerkt: „Nachdem in den beiden letzten Jahren nicht unerbliche Erhöhungen der Lohnsätze der Arbeiter auf den Anstalten bewilligt worden waren, ergab sich für das vorliegende Jahr eine weitere Steigerung der Löhne nicht als notwendig, indem stets eine ausreichende Anzahl von Arbeitskräften zur Verfügung stand, sobald infolge des steigenden Betriebes in den Wintermonaten die Einstellung neuer Arbeiter sich als notwendig erwies.“ Man ersieht daraus, daß die städtische Verwaltung die industrielle Reserve-Armee mit genau derselben Geschäftsklugheit zu benutzen weiß, wie jeder andere Unternehmer. Sie macht gar kein Hehl daraus, daß sie dem stärkeren Zugang

von Arbeitssuchenden, der sich gegen den Winter hin in Berlin bemerkbar zu machen pflegt, eine vortheilhafte Seite abzugewinnen versteht. Der Schmerz darüber, daß ihr dieser stärkere Zugang gleichgültig das Obdach mit solchen fällt, die Arbeit suchen, aber keine finden, wird also wohl nicht so sehr tief sein.

Der seit drei Tagen mit furchtbarer Kraft wüthende Sturm hat auf dem Stettiner Bahnhof eine furchtbare Katastrophe herbeigeführt. In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag war der Verkehr auf der Abfahrtsseite der großen Bahnhofstraße schon beendet, und man erwartete nur noch die Einfahrt des um 1 Uhr fälligen Zuges, als plötzlich der orkanartige Sturm, der mit furchtbarer Gewalt in die nach dem Westufer zu schon geschlossene Halle hineinsetzte, den über der Abfahrtsseite belegenen nördlichen Teil der von 17 eisernen Gewölbekrippen getragenen Wellblechbedachung erfaßte, in der Ausdehnung von etwa 70 Metern von den 7 Rippen losriß, wie dünnes Papier zusammenrollte und auf das Dach des an der Längsseite des Bahnhofes sich hinziehenden Anbaues warf. In demselben Augenblick verlöschten die Gaslaternen der Halle und die plötzliche Finsterniß erhöhte noch die allgemeine Verwirrung. Als sich die Aufregung gelegt hatte, wurde man auf Pflastersteine aufmerksam, die aus der im erwähnten Anbau befindlichen Dienstwohnung des Stationsvorstehers Ziefursch heroverdrungen. Hier hatte sich inzwischen ein verhängnisvoller Unfall ereignet. Das auf das Dach geschleuderte Wellblech hatte einen hohen Schornstein umgerissen, der wieder das Dach und das schwere Deckengebälk über dem Schlaflzimmer, in dem Ziefursch und seine Gattin ruhten, durchschlugen und im Zimmer selbst arge Verwüstungen angerichtet hatte. Am schlimmsten weggenommen war der Stationsvorsteher selbst, Balken und Schuttmassen hatten sich über ihn aufgethürmt und schwer verletzt. Die Gattin, deren Bett mehr nach der Halle zu gestanden, war mehr vom Glück begünstigt worden. Das Gebälk war an der Hallenseite hängen geblieben und hatte so eine Art Schuttdach über Frau Ziefursch gebildet. Da der mit der Oberleitung betraute Bau- und Betriebsinspektor abwesend war und es somit an der nöthigen Leitung fehlte, wurden die Rettungsarbeiten stark verzögert, erst um 2 Uhr 21 Minuten bewirkte der Polizeileutnant Dennike die Alarmierung der Feuerwehre, die den verunglückten Stationsvorsteher aus den Schuttmassen geradezu ausgraben mußte. Ziefursch war aber und über mit Blut überströmt, zum Glück waren es meist nur blutige Schrammen, arg zugerichtet ist dagegen die rechte Hand, die beim Handgelenk vollständig zerschüttet ist. Der Verletzte wurde nach Anlegung von Nothverbänden und Auswaschen der Schrammen nach dem Krankenhause gebracht. Als ein Glück ist es noch zu bezeichnen, daß ein schwerer Dedebalken, der wäre sonst kaum mit dem Leben davongekommen, die nähere Untersuchung des demirten Daches der Halle ergab, daß vom Sturm gerade jenes Wellblech losgerissen ist, welches erst im letzten Sommer neu aufgelegt ist. Die Abfahrtsseite der Halle ist vorläufig gesperrt, die Züge werden vom Mittelperron, theilweise auch vom linken Seitperron abgelassen. — Stark beschädigt ist durch den Sturm auch das Stationsgebäude des Stadtringbahnhofs Stralau-Rummelsburg, in welchem sich auch die Centralweiche befindet. Das Dach des Gebäudes ist durch eine Wiedlage hergestellt, die auf 6 Zoll starken Balken ruht und gewissermaßen als Gesims über das Mauerwerk des Gebäudes hervorragt. Dem Sturm war es daher in der gestrigen Nacht gegen 1¼ Uhr ein Leichtes, von dem isolirt stehenden Gebäude das Dach zu lockern und der Orkan schleuderte das Leistere mitsammt der Balkenlage gegen die große daneben belegene Wartehalle, deren Rücken-Holzwerk buchstäblich zerplittert wurde. Das Dach des Stationsgebäudes ist total abgedeckt, so daß die oberen Dienstzimmer vollständig offen daliegen. Die Wartehalle ist vorläufig nicht zu benutzen.

Das Unglück auf dem Stettiner Bahnhof ist darauf zurückzuführen, daß der Sturm das Dach aus Wellblech zum Theil abdeckte; er riß etwa 2500 Quadratmeter der Metallplatten in 3 Theile. Der größte davon blieb an dem Gebäude hängen, während eine Platte heruntergeschleudert, eine andere von 250 Quadratmeter Größe auf das Dach geworfen wurde, unter dem die Dienstwohnung liegt. Sie gerieth die Telegraphenpyhle und schlug gegen einen 25 Meter hohen eisernen Schornstein, der im Hallen das Dach zertrümmerte und die Verwüstung im Innern herbeiführte. Wellblech und Schornstein sind in der Bede des Schlaflzimmers stecken geblieben. Das Unglück wäre noch größer gewesen, wenn das abgehobene Wellblech nicht durch die Telegraphendrähte aufgehalten wäre. Während die Beamten des 7. Polizeireviers auf dem Stettiner Bahnhof beschäftigt waren, hat eine Mutter die Gelegenheit benützt, um in einem Zimmer der Diensträume ihren etwa 6 Wochen alten Knaben auszuweinen.

Ebenfalls ist der Einsturz des Giebels eines Neubaus in der Egnarkstraße zu melden. Infolge des heftigen Sturmes wurde Sonntag Mittag eine Giebelwand des Gebäudes gelockert, ein Umstand, der von den Bauarbeitern noch rechtzeitig bemerkt wurde. Die sofort benachrichtigte Revierpolizei ließ den Straßenzug absperren und benachrichtigte die Feuerwehre, bei deren Eintreffen der Einsturz bereits erfolgt war. Den vorsichtigen Maßregeln des Reviervorstandes ist es lediglich zu danken, daß Verletzungen nicht vorgekommen sind.

Dem Bahnverkehr hat der Sturm ganz besonders arg mitgespielt und fast ist es ein Wunder zu nennen, daß erstere Unfälle nicht eingetreten sind. Der Potsdamer Bahnhof war um 12 Uhr Mitternacht für den Ringbahn-Verkehr dadurch gesperrt, daß sich das Hebelgewicht einer Signallampe auf Bahnhof Schöneberg infolge des Orkans gelockert und im Draht festgesetzt hatte. Da die Signale infolge dessen nicht mehr funktionirten, waren auch die damit in Verbindung stehenden Weichen nicht zu stellen. Hierdurch war der Bahnverkehr auf dem Potsdamer Bahnhof für 50 Minuten unterbrochen und die Züge erlitten Verspätungen bis zu zwei Stunden. — Der letzte Erlitten Verspätungen bis zu zweitündiger Verspätung auf dem Sibirerzug traf mit zweitündiger Verspätung auf dem Schlesischen Bahnhof ein und zwar „schildlos“, der Orkan hatte die großen Wandtafeln, welche an der Lokomotive und den Kuppeln hängen und die Richtung des Zuges angeben, fortgeschleudert, ebenso war die Signallaterne an der Maschine und dem letzten Wagen verloscht. — Auf der Schlesischen Bahn erlitt ein Fernzug dadurch 41 Minuten Verspätung, daß eine Signallampe umgeworfen war. — Vor Friedrichshagen soll, so wird uns weiter berichtet, eine Wärrerde, in welcher der Straßenwärter saß, vom Orkan erfaßt und eine ganze Strecke weit fortgeschleudert worden sein.

Auf einem Dache in der Taubenstraße am Gendarmenmarkt hat der Orkan einen Telephonhändler umgerissen, wodurch etwa 200 Leitungen am Sonntag Morgen gestört waren. In Schöneberg und Charlottenburg sind zahlreiche Dächer abgedeckt, von Neubauten die Holzrippungen abgerissen worden.

Der Orkan, der seit Sonnabend fortwährend wüthet, richtet immer mehr Unheil an. Am Montag Nachmittag um 1 Uhr besand sich der Arbeiter Karl Baum aus der Reichendergstraße auf dem Wege nach seiner Arbeitsstelle. Vor dem Hause 142 wurde er durch einen Dachziegel an der rechten Hand getroffen. Der Schiefer riß ihm das Fleisch von dem ganzen Handrücken und verletzte noch die Knochen. Baum wurde nach einem Krankenhause gebracht und dürfte die Hand schwerlich wieder in vollem Umfange gebrauchen können. — Ein Kohlenhändler, der mit einer Kiste die Wallvertstraße entlang ging, wurde gegen 2 Uhr vom Sturme umgeworfen und trat eine Kopfwunde und eine Verstauchung der rechten Hand davon. In der Flemingstraße wurde etwa um dieselbe Zeit ein Schornsteinaufsatz von Eisenblech heruntergeworfen und traf einen Knaben. Ein kleines Mädchen wurde um 3¼ Uhr in der Rottbuserstraße von der Mutter fort quer

Restaurant. - Ephen, Gerichtstr. 10 bei Gehardt. - Wollengereiner in G. 2 9 Uhr Abends...
Restaurant. - Ephen, Gerichtstr. 10 bei Gehardt. - Wollengereiner in G. 2 9 Uhr Abends...
Restaurant. - Ephen, Gerichtstr. 10 bei Gehardt. - Wollengereiner in G. 2 9 Uhr Abends...

im Restaurant Seeg. - Kassenstr. 2 - Gefelliger Verein. - Unter uns. - Abends 9 Uhr...
im Restaurant Seeg. - Kassenstr. 2 - Gefelliger Verein. - Unter uns. - Abends 9 Uhr...
im Restaurant Seeg. - Kassenstr. 2 - Gefelliger Verein. - Unter uns. - Abends 9 Uhr...

Bremen, 12. Februar. Der seit mehreren Tagen herrschende starke Südwestwind artete heute Vormittag in einen heftigen Sturm aus...
Bremen, 12. Februar. Der seit mehreren Tagen herrschende starke Südwestwind artete heute Vormittag in einen heftigen Sturm aus...
Bremen, 12. Februar. Der seit mehreren Tagen herrschende starke Südwestwind artete heute Vormittag in einen heftigen Sturm aus...

Vermischtes.

Vochum, 11. Februar. In der hiesigen Gussstahl-Fabrik fand heute Vormittag 9 1/2 Uhr eine heftige Explosion des zu den Stahlhmelzen führenden Gaskanals statt...
Vochum, 11. Februar. In der hiesigen Gussstahl-Fabrik fand heute Vormittag 9 1/2 Uhr eine heftige Explosion des zu den Stahlhmelzen führenden Gaskanals statt...
Vochum, 11. Februar. In der hiesigen Gussstahl-Fabrik fand heute Vormittag 9 1/2 Uhr eine heftige Explosion des zu den Stahlhmelzen führenden Gaskanals statt...

Depeschen.

Wien, 12. Februar. Eine von ungefähr 2000 Personen besuchte, in den „Kosengärten“ in der Vorstadt Favoriten abgehaltene Versammlung der Arbeiterlosen endete unter stürmischem tumult...
Wien, 12. Februar. Eine von ungefähr 2000 Personen besuchte, in den „Kosengärten“ in der Vorstadt Favoriten abgehaltene Versammlung der Arbeiterlosen endete unter stürmischem tumult...
Wien, 12. Februar. Eine von ungefähr 2000 Personen besuchte, in den „Kosengärten“ in der Vorstadt Favoriten abgehaltene Versammlung der Arbeiterlosen endete unter stürmischem tumult...

Briefkasten der Redaktion.

Obst. Ihr Eingekannt können wir nicht zum Ausdruck bringen, wollen Sie die Angelegenheit in der Versammlung erledigen...
Obst. Ihr Eingekannt können wir nicht zum Ausdruck bringen, wollen Sie die Angelegenheit in der Versammlung erledigen...
Obst. Ihr Eingekannt können wir nicht zum Ausdruck bringen, wollen Sie die Angelegenheit in der Versammlung erledigen...

Achtung! **Achtung!**
Protest-Versammlung
am Dienstag, 13. Februar, in der Brauerei Friedrichshain am Königsthor.
Tages-Ordnung:
1. Protest gegen den Beschluß der Volksversammlung vom 4. Februar betreffend des Boycotts u. s. w. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Lokalkommission.

Zu Sommerfesten
empfehle Vereinen und Gesellschaften den prächtvollsten, schattigen Garten der „Bock-Brauerei“ mit Theaterbühne und Tanzsälen ab 1. April d. J. 55912
unentgeltlich.
Umgebende Bestellungen erwünscht
A. Tiedemann, Ökonom der Bock-Brauerei Tempelhofer Berg.

Presskohlen
beste Senftenberger Marie, 5 Mark frei Keller mit Fuhrlohn und Packen. Probekohlen gratis frei Haus.
Frischeisen & Co., Wienerstr. 18.
Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Rum
sicht und Façon, Literflasche 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Fl. 10 Pl. billiger.
Eugen Neumann & Co., Conrad Neumann, 609M
6a. Belle-Alliance-Platz 6a.
Neue Friedrichstr. 81. Oranienstr. 8.
Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Metzner's Korbwaren-Fabrik
Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz
größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahlbar jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. **F. Metzner.**

1000 Damen-Regenmäntel, Frühjahrsjaquets, Capes u. Kinderanzüge à 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 M. u. f. w. Landsbergerstr. 48, 1, zum Ausverkauf.

Sophastoff-Reste
in Kips, Damast, Crêpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Moquette spottbillig!
Proben franko! 6150L*
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L
am hiesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!**
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

KRONEN-GARN
1000 YARDS
50588*

Homöopathisches Institut.
System nach Dr. Hanneemann, Grüner Weg 41, 1 Tr. 10-12. 3-5.

Bestes Nähgarn!
Pfandleihe, Invalidenstr. 15, I.

Buchhandlung des „Vorwärts“
Berlin SW., Benth-Strasse 2.
Ein unentbehrlicher **Rathgeber für Vereinsvorstände u. c.**
ein Buch, das in keiner **Arbeiter-Bereinsbibliothek** fehlen darf, weil es ein Nachschlagebuch auf allen Gebieten der Vereins-Gesetzgebung in allen Bundesstaaten des Deutschen Reiches ist, nicht bloß für Versammlungs-Einberufser, Vereins-Vorstände, sondern auch für Beamte, Behörden, Rechtsanwälte, Politiker aller Parteien, ist das in unserm Verlage erschienene **Vereins- und Versammlungs-Recht in Deutschland** VIII u. 210 Seiten 8° Elegant broschirt Mark 2.50, in braunem Vadelert-Band gebunden Mark 3.-

Tag für Tag kommen von einzelnen Vereinen, Vertrauensmännern, Gewerkschaftsvorständen Klagen über Mißgriffe und Bergewaltungen seitens einzelner Behörden und Beamten; die Redaktionen der Parteiblätter haben ununterbrochen Rath und Auskunft zu ertheilen, wie sich die Genossen und Vereine gegenüber Verammlungs-Verboten, Auflosungen, Vereinsschließungen u. s. w. zu verhalten haben. Ueber alle diese Punkte giebt das Buch an Hand des Wortlautes der einzelnen Vereinsgesetze und in Einklangungen über die im Laufe der Jahre von den Gerichtsbehörden in ihren Urtheilen geübte Praxis klaren und unabweisbaren Bescheid, und ermöglicht es somit den Genossen, die Klippen und Fufangeln der rechtswidrigen Vereinsgesetze zu vermeiden. Ein dem Buche beigegebener Anhang enthält eine tabellarisch übersichtlich geordnete, gruppeneise gerichte **Nebeneinanderstellung des Wortlautes der in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Bestimmungen über Vereins- und Versammlungsrecht und alphabetisches Sachregister.**
Zahlreichen Bestellungen steht entgegen
Buchhandlung des „Vorwärts“.

Sozialisten-Marsch
f. Blas- u. Streich-Orchester 1,20 Mk. netto, für Chor à Stimme 10 Pf., für Zither 50 Pf. gegen Einsendung des Betrags portofrei. 55172*
J. Günther, Musik-Verlag, Dresden.

!! Roh-Tabak !!
Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigster Preislage, empfiehlt **Heinr. Franck, Roh-tabak-Handlung, Brunnenstr. 185.** Formen (Bockfoorn) wieder vorräthig.

Hochinteressant
für Jeden ist die neuerschienene Schrift von Victor Bruching:
Warum verarmen wir?
(Verlag: Richard Wilhelm, Berlin.) Preis: 60 Pf.
In kurz gedrängter überzeugender Form deckt der Verfasser einen stetig wachsenden Krebschaden der modernen Verhältnisse auf, weist nach, wie diesem jeder gesunde Wohlstand zum Opfer fallen, die Verarmung zunehmen muß, zeigt aber auch den Weg zur Abhilfe. Erhältlich in allen Buchhandlungen.
Ein schw. Tuchanzug u. ein dunkler Kammeranzug zu verkaufen bei 1714b Bwe. Klaus, Köpenickerstr. 48, v. 3 Tr. r.

Sophastoff-Reste
in Phantasie, Kips, Damast, Crêpe, Gobelin, Plüsch und Moquette, ferner: **Leppiche, Portièren, Gardinen, Steppdecken, Läuferstoffe,** spottbillig i. Konkursmassen-Ausverk.
J. Adler Söhne
Spandauerstr. 30, 1719b gegenüber dem Rathhause.

5 3/4 Pfund Albrecht's Bäckerei,
Brot für 50 Pfennig
liefert Wrangel-Strasse 8 Langestr. 26, Falkensteinstr. 28

Aug. Krause,
Wienerstr. 13. 56188*
Blumen-Geschäft und Kranzbinderi.
Vereinskränze mit Widmung in bester Ausführung zu billigen Preisen.

Kasarien-Edelroller, viel köch prämiert, versend. nach allerwärts g. Nachn. f. M. 6 bis 15 p. St. u. Garantie f. Werth u. Leb. Ankauf laut Preisliste. 427M Ernst Kühnel, Copitz (Elbe).

37 Als anerkannt reelle und billigste Etakauss-Quelle des **Süd-Ostens für Gold-, Silber-, Alfenidewaren (Sig. Fabr.) goldene u. silberne Uhren** empfiehlt sich **H. Gottschalk, Goldarbeiter und Uhrmacher, 37 Admiral-Strasse 37**

!! Roh-Tabak !!
Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigster Preislage, empfiehlt **Heinr. Franck, Roh-tabak-Handlung, Brunnenstr. 185.** Formen (Bockfoorn) wieder vorräthig.

Hochinteressant
für Jeden ist die neuerschienene Schrift von Victor Bruching:
Warum verarmen wir?
(Verlag: Richard Wilhelm, Berlin.) Preis: 60 Pf.
In kurz gedrängter überzeugender Form deckt der Verfasser einen stetig wachsenden Krebschaden der modernen Verhältnisse auf, weist nach, wie diesem jeder gesunde Wohlstand zum Opfer fallen, die Verarmung zunehmen muß, zeigt aber auch den Weg zur Abhilfe. Erhältlich in allen Buchhandlungen.
Ein schw. Tuchanzug u. ein dunkler Kammeranzug zu verkaufen bei 1714b Bwe. Klaus, Köpenickerstr. 48, v. 3 Tr. r.

Damen-Masken-Garderobe
von M. Roussel, 43. Skalitzerstr. 43

Damen-Masken-Garderobe
von M. Roussel, 43. Skalitzerstr. 43

Blumenhandlung
P. Abromeit, Sünderstr. 69, Berlin SW. 55472*
Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden u. s. w.
Billigste (Markt-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

Sehr hohe Preise
zahle ich für Briefmarken aus alten Briefschaften und für ganze Sammlungen. Tausch erwünscht. Große Auswahl in Briefmarken-Albums.
Julius Kaim, Cigarren-Import, SW. Friedrichstr. 236. VI. 2295. Hof part.
W. Potsdammerstr. 20, VI. 4024.
Kein Laden. **Mehl- und Vorkost-Geschäft** mit Rolle zu verkaufen Kreuzbergstr. 74.

Masken- und Theater-Garderobe
billigst empfiehlt **Werbelow, Große Hamburgerstraße 34, I.**
Billige Wohnungen Streckerstr. 52.

Oppelnerstr. 20
Kellerwohnung, hoch und freundlich, 2 fenstr. Stube, Küche, 65 Zhr. 1691b
Schulstr. 50 1 Schmiede- oder Schlosserwerkstatt, großer Hof, billig zu vermieten. 1471b*
Wrangelstr. 72 2 H. Wohn. preisw. zu verm., gr. hell. Gef. z. Arbeitsst. geelgn.

Siebenwalderstr. 48 im Nordh. 2 St., R. v. 75-80 Zhr. 1 St. u. R. v. 50 bis 60 Zhr. Geschäftstelier zu jedem Geschäft, mit Wohnung 80 Zhr. R. Kofett u. Wasser. 1718b

Arbeitsmarkt.
Für die Blechnerei, Drückeri u. Stanzeri eines großen Werkes u. Stanzerei wird ein energischer, durchaus leistungsfähiger und zuverlässiger **Borarbeiter** gesucht, der die Meisterstelle vertritt, die neuesten und bewährtesten Einrichtungsarten kennt. Meldungen mit Zeugnisabschriften, Lohnansprüchen und Angabe des Eintritts sind zu richten unter B. 539 an Haasensteins & Vogler, A.-G. Karlsruhe. 1716b
Politur-Arbeiter sucht sofort die Goldleisten-Fabrik von Plagemann u. Raack, Gotha.
1 Schuhmacher-Behring nach außeß. wird verl. Näheres Lübbenerstr. 24 bei Rademacher. 1716b
Tüchtigen Bügler verlangt 1723b Kahlmann, Rheinsbergerstr. 52, III r.
Vergolderinnen u. Farbigmacher verl. Barnimstr. 2.
Ramsells auf Jadeit in u. außerm. Hause verl. Kahlmann, Rheinsbergerstr. 52, 3 Tr. 1722b
Ramsells auf bessere Capes, gute Preise, verl. Kaste, Swinemünderstr. 19.

Ans der Dynastie Stumm.

Je mehr die Kapitalien anschwellen und sich in einzelne Hände konzentrieren, desto gefährlicher werden sie der Allgemeinheit. Der Kapitalismus und seine Diener, sie dürfen keine Rücksicht aufkommen lassen gegen andere, das ist gegen die Tendenz des Kapitals. Die Nichtigkeit dieses wird durch Vorgänge, die gegenwärtig dort sich abspielen, wo der Herr v. Stumm seinen Herrscherthum hat, und das lebhafteste Interesse der gesamten Bevölkerung nach halten, haarstarr bewiesen. In dem der Alleinherrscher von Neunkirchen als Sittenrichter der Arbeiter bekannt (siehe seine Forderung), auch sonst als Befehlshaber der „gemeingefährlichen“ Sozialdemokraten sich hervor, dürfte die Wiedergabe oben bezeichneter Vorwissen auch für unsere Leser von Interesse sein. In kurzen Umrissen ist der Sachverhalt folgendermaßen: St. Johann hat vor kurzer Zeit zur Abhilfe seiner Wassernot einige Quellgrundstücke im Scheiderthal bei Reutrich erworben und sich mit großen Kosten eine Wasserwerkleitung von dort her beschafft, die allen Ansprüchen genügt. Der Scheiderbach, der täglich 80 000 ehm Wasser liefert, verliert hierdurch täglich 600 ehm Wasser. Stumm, durch dessen Werk der Bach fließt, läßt sich geschädigt und klagt gegen die Stadt St. Johann, obwohl diese ihm die Hörenlieferung für das Wasserwerk übertragen habe, auf Entschädigung. Die Klagen Stumm's werden aber von den zuständigen Instanzen abgewiesen. Doch Stumm giebt sich damit nicht zufrieden. Der Verteidiger von Gesetz und Ordnung im Reichstage preist auf „Gesetz und Ordnung“ und greift zur Selbsthilfe. Er kaufte für ca. 25 000 M. Wiesen, die an das St. Johanner Quellgebiet grenzen, die vielleicht einen realen Werth von 5-6 000 M. haben. Die Stadt St. Johann ist gezwungen, das gleiche zu thun, sie muß also ein Grundstück für das vor etwa zwei Jahren 60 M. gekostet wurden, für 2080 M. ankaufen. Stumm beabsichtigt, von den angekauften Grundstücken aus einen Stollen unter der Straße und der pflanzlichen Bahnlinie durch, um das St. Johanner Wasserwerk herumzuführen, anzulegen. Der Stollen sollte der Stadt St. Johann das Wasser abfangen und diese gezwungen werden, sich vor dem Despoten von Neunkirchen zu beugen. Stumm hatte sich schon die Erlaubnis zur Unterbohrung der Straße und der Bahnlinie bereits erwirkt, doch wurde dieselbe auf die Vorstellungen des Oberbürgermeisters von St. Johann wieder zurückgezogen. Die pflanzliche Regierung hat es also gewagt, Herrn Stumm ein Paroli zu bieten, die künftige preussische Regierung in Trier aber, der das Wohl einer preussischen Stadt eigentlich doch mehr am Herzen liegen sollte, that nicht nur nichts gegen Stumm, nein, — sie leitete gegen den Bürgermeister von St. Johann wegen seines Verhaltens gegenüber dem Neunkirchner Ullgewaltigen eine Disziplinaruntersuchung ein. Nachdem die Pläne Stumm's durch das Verhalten der pflanzlichen Regierung durchkreuzt waren, verfuhr er jetzt, der Stadt St. Johann auf andere Weise das Wasser zu entziehen. Der St. Johanner Wasserstellen sowohl als der Brunnen haben nach dem Stumm'schen Grundstücke zu leider keine wasserdichten Wände. Stumm ließ nun auf seinem Gebiete möglichst nahe an dem St. Johanner Wasserwerk Bohrungen vornehmen und pumpt mittels starker Maschinen Wasser heraus, hoffend, daß es ihm gelinge, durch die starken Pumpen das Wasser in Wasserlöcher und dem Brunnen der St. Johanner sammelnde Wasser durch das Erdreich hindurch zu ziehen und so auf's Trockene zu sehen. Erreicht er seinen Zweck wirklich, so bleibt der Stadt zwar immer noch die Herstellung einer wasserdichten Schicht zwischen ihrem und Stumm'schen Gebiete als Rettung übrig. Thatsächlich liegt also die Sache so, daß Stumm, um seinen Willen durchzusetzen, Tausende und Abertausende opfert, ohne auch nur die entfernteste Aussicht auf einen endgiltigen Erfolg zu haben. In noch deutlicherer Weise wird Stumm, der nicht genug zeteren kann über die „Unbotmäßigkeit“ der Arbeiter, der seine Leute in strenger „väterlicher Zucht und Ordnung“ hält, durch einen Bericht gekennzeichnet, der uns über eine Bürgerversammlung in St. Johann vorliegt. Verschärfend muß es wirken, daß der Mann, der hier die Manipulationen des Freiherrn von Stumm-Halberg geistelt, nicht einer jener „Volksväter“, sondern ein Angehöriger seiner eigenen Klasse, nicht ein „Kulturwiegler“, ein „Dezer“, sondern ein Mann der „Ordnung“ war, und zwar war es der Oberbürgermeister von St. Johann selbst, der über die Angelegenheit der Bürger-Versammlung berichtete. In besagtem Bericht heißt es: In einer stark besuchten Bürgerversammlung, die vor mehreren Tagen hier stattfand, handelte es sich vor allem um die für St. Johann ungemein wichtige Frage des Wasserwerks, das durch die Abgrabungsversuche des Herrn v. Stumm-Halberg geradezu gefährdet ist. Die Versammlung verließ mit einer großartigen Vertrauensstimmung für den Bürgermeister Dr. Ness und damit zu einer schärfen Verurteilung des Vorgehens der Halberger Gattin. Dr. Ness leitete in nahezu zweifelhafte Rede die Entwidlung und den gegenwärtigen Stand der Wasserwerkfrage in klarer und sachlicher Weise auseinander. Er hob zunächst hervor, wie St. Johann in der Nähe der Stadt keine genügenden Wassermengen hätte finden können und schließlich durch die Noth gezwungen gewesen wäre, die 10 Kilometer von hier gelegenen Quellen bei Reutrich, nahe an der bayerischen Grenze, zu erwerben, und daß sich die Gesamtkosten der Anlage von 500 000 M. belaufen hätten. Die Firma Rudolph Böding u. Co. am Halberg, an der Freiherr v. Stumm beteiligt ist, habe im Jahre 1891 Verwahrung gegen die Entnahme des Wassers aus den Reutrich'schen Quellen eingelegt, allein St. Johann besitze für seine Anlage den vollen Schutz des Rechts, da das Reichsgericht 1886 klar entschieden habe, daß jeder Besitzer eines Grundstücks freie Verfügung über die Wasserabgabe habe, die sich auf seinem Eigentum befinden. Auf dem Wege des Rechts könne daher die Firma Böding u. Co. selbst dann nichts gegen St. Johann erreichen, wenn sie durch das Wasserwerk bedeutend geschädigt worden sei. Dieser Fall liege aber durchaus nicht vor, trotz der gegenwärtigen Behauptungen im Saarbrücker Gewerbeblatt, denn es sei amtlich, und zwar durch einen Bergbeamten aus Zweibrücken, erwiesen, daß der Scheiderbach, auf den die Halberger Gattin angewiesen ist, täglich 84 000 Kubikmeter Wasser führe und daß diesem durch die St. Johanner Wasserleitung täglich nur 600 Kubikmeter, also kaum 1/4 pCt., entzogen würden. Von einer Gefährdung der Fabrik, von dem Brothloswerden Tausender von Arbeitern und wie die übertriebenen Behauptungen alle lauteten, könne also gar keine Rede sein. Das Vorgehen der Firma, die auf dem Wege der Selbsthilfe und zwar durch Abgrabungen und Anlage von Dampfmaschinen ein zur Befriedigung eines öffentlichen Bedürfnisses errichtetes Wasserwerk vernichten wollte, sei unerbittlich und illegal, und es sei sehr bedauernd, daß sich der Regierungspräsident von Auer in Speyer auf die Seite St. Johann gestellt habe und einer der Firma bereits erteilte Zulage zur Anlage eines Stollens unter der bayerischen Staatsstraße sofort zurückgezogen habe, nachdem er über die wahre Sachlage aufgeklärt worden sei und St. Johann durch jenen Beamten den Beweis geliefert habe, daß eine kaum nennenswerthe Verminderung der Wassermengen in dem Scheiderbach eingetreten sei. Im gleichen Sinne sei der Direktor der Pfälzer Eisenbahnen von

Lavalle in Ludwigshafen vorgegangen und habe in den letzten Tagen eine ebenfalls der Firma schon erteilte Erlaubnis, einen Stollen durch den Eisenbahndamm hindurchzulegen, wieder zurückgenommen. Hätte die Stadtverwaltung von St. Johann ahnen können, daß die Halberger Gattin überhaupt einen andern Weg als den des Rechts (?) gehen würde, so hätte sie dieser gewiß nicht die große Hörenlieferung für den Betrag von 100 000 M. übertragen. Wenn auch dem Namen nach die Firma Rud. Böding und Komp. den Kampf führe, so sei es doch ganz zweifellos, daß man es in der Hauptsache mit Freiherrn von Stumm zu thun habe. Dies sei ihm, dem Bürgermeister, der gerne die großen Verdienste Stumm's anerkenne und mit ihm dieselben politischen und wirtschaftlichen Gesinnungen theilt, besonders peinlich und er müsse bedauern, wenn ein Mann, der immer gegen die Elemente ankämpfe, die den Kapitalismus als das Uebel der Zeit hinstellten, wenn dieser, wie er bewiese, sein Kapital mißbrauche. Zum Schlusse mocht Redner auf die schweren Folgen aufmerksam, die ein völliges Gelingen der Abgrabungen für St. Johann nach sich ziehen könne und es erscheine ihm unglaublich, daß Freiherr v. Stumm eine solche Verantwortung auf sich nehmen würde. — In einer einstimmig angenommenen Resolution spricht die Versammlung den pflanzlichen Behörden ihren Dank aus für „die wirksame Inskulpation der gefährdeten öffentlichen Interessen gegenüber dem Wasserabgrabungsversuchen der Firma Böding u. Comp.“ Welch ein „Zwiespalt der Natur“, im Reichstage der „ungebildeten Masse“, der Hüter für „Gesetz und Ordnung“, der sich so gern aufspielt als der Wohltäter seiner Arbeiter, seiner ganzen Lomane, hier sät er sich nicht dem Gesetz, er stellt sich über dasselbe, unabhängig unumschränkt. Letzterer Priester des Mammons kann er nicht anders, er muß unachtsamlich vorgehen, und kümmert um das Gemeinwohl. Ihm liegt die Aufgabe ob, den Besitz zu vergrößern und der Kapitalismus kennt keine Rücksicht. Dieser Vorgang wird Manchem die Augen öffnen über die Schädlichkeit des privaten Kapitals; das Verhalten des König Stumm kann nur uns, den Sozialdemokraten, denen er den Kampf bis auf's Messer angekündigt hat, von Nutzen sein.

Soziale Ueberblick.

An die Vöitche Deutschlands! Kollegen! Wie Euch bekannt sein dürfte, war im vorigen Jahre auf dem Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Lagerhof in Berlin die Arbeit eingestellt worden, die ja zu unfern Ungunsten ausgefallen, weil von auswärts Leute herangezogen wurden und 4 Mann gar nicht erst die Arbeit niederlegten. Die Gesellschaft weigerte sich damals, den Lohn von 27 Mark bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit zu zahlen, der von jedem anderen Meister sowie auf Brauerei und Fabriken gezahlt wird. Die damalige Arbeitseinstellung kostete unserem Verein über 800 Mark und wurde, wie schon angeführt, durch die Niedertracht unserer eigenen Kollegen nichts erreicht. Gegenwärtig sucht die Gesellschaft Vöitche in Stettin, weil von den hiesigen niemand eingestellt werden soll. Deshalb wendet sich die Gesellschaft nach außerhalb, um billige und willige Gesellen zu erhalten. Trotzdem die Stettiner Kollegen brieflich hiervon in Kenntnis gesetzt worden sind, so sind doch schon 2 Kollegen angekommen und die Anderen werden wohl noch nachkommen, obwohl darum ersucht worden ist, sich nicht verlocken zu lassen. Hier in der Reichshauptstadt haben wir Arbeitslose gerade genug, denn im vergangenen Quartal sind 833 Mark an Arbeitslose ausgezahlt worden, jedenfalls ein Beweis, daß deren genug vorhanden sind, die auch ein Recht auf Arbeit besitzen. Deshalb ist nun am Sonntag in unserer Versammlung beschlossen worden, den Petroleum-Lagerhof so lange zu sperren, bis die gestellten Arbeitsbedingungen erfüllt, der Lohn bezahlt und die Gesellen von unserem Arbeitsnachweis bezogen werden. An die auswärtigen Kollegen ergeht deshalb die erste Mahnung, sich nicht in den Dienst der Millionäre zu stellen, sondern die Rechte und Forderungen der eigenen Kollegen mit verwirklichen zu helfen. G. Winter, 1. Vor.

Uchtung! Kollegen und Kolleginnen! Die letzte öffentliche Versammlung der Schneider- und Schneiderinnen beauftragte durch eine Resolution die Agitations-Kommission, mit denjenigen Geschäften in Verbindung zu treten, die im vorigen Jahre den erhöhten Tarif nicht bewilligten oder wieder Abzüge gemacht haben. Da wir auf keinen Fall die Abzüge ruhig hinnehmen können, denn das würde auf diejenigen anständigen Geschäfte, die noch heute den erhöhten Tarif zahlen, nicht ohne Wirkung bleiben, so hat die Agitations-Kommission am Mittwoch, den 14. d. M. eine Werkstatt- und Geschäfts-Delegiertenversammlung einberufen, die bei Freigang, Schäfers-straße 18/19, Abends präzis 9 Uhr stattfindet. Die Arbeiter aller Geschäfte und Werkstellen, in denen Abzüge stattgefunden, werden dringend aufgefordert, zu erscheinen, es gilt wichtige Punkte zu beraten. Die Arbeiter derjenigen Firmen, die im vorigen Jahre garnicht bewilligten, werden gleichfalls im eigenen Interesse ersucht, Delegirte zu entsenden. Kollegen und Kolleginnen! Wenn wir nicht vorwärts drängen, wird sich bald der Rückschritt bemerkbar machen, daher gilt es, die Situation zu klären, um dem Unternehmertum zu zeigen, daß wir nicht schlafen, sondern gewillt sind, auf ihre rigorosen Maßnahmen entsprechend zu antworten. Wir erwarten daher zahlreichen Besuch. Die Agitations-Kommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins. J. A.: Arthur Nähr.

Uchtung, Schneider! Die Kieler Schneider stehen nahe vor einer Lohnregelung. Ihre Verhältnisse sind die denkbar traurigsten, ein durchschnittlicher Wochenlohn von 13,50 M. in den größten Geschäften, dazu Werkstellen, welche nicht im geringsten einem menschlichen Ausenhaltorte ähnlich sehen. Sonntags- und Nacharbeit sind an der Tagesordnung. Wir wollen nun für einen durchschnittlichen Wochenlohn von 17,50 M. eintreten; ferner soll die Hausarbeit so viel als möglich abgeschafft werden, und sollen die Arbeitgeber für gesunde Werkstellen Sorge tragen, sobald ein sämtlicher Sonntags- und Nacharbeit in Wegfall zu bringen. Da sich die Arbeitgeber diesen unseren Forderungen sehr energisch gegenüber stellen und einige Geschäftsinhaber schon erklärt haben, der Postverkehr zwischen Kiel und Berlin ist noch frei, was so viel heißen will, als wir schicken unsere Arbeit nach Berlin, so appelliren wir an das Solidaritätsgefühl der Berliner Kollegen und bitten sämtliche Arbeiter, welche von Kiel nach Berlin geschickt wird, energisch zurückzuweisen; es wird besonders gebeten, auf die Marine-Uniformen acht zu geben. Auch bitten wir den Zuzug fremder Kollegen fern zu halten. Die Agitations- und Streikkommission der Schneider Kiels und Umgegen. J. A.: Wilhelm Doffow, Kiel, Müllingstr. 25, 2 Tr. 1.

Die Schrifthefer und Buchdrucker Wiens hatten, wie wir vor einigen Wochen mittheilten, die Forderung an die Principale gestellt, den Minimallohn von 18 auf 15 Gulden zu

erhöhen und die Arbeitszeit auf 9 Stunden festzusetzen. Diese haben nun die Bewilligung des von den Gehilfen verlangten rundweg abgelehnt. Es steht zu erwarten, daß die Gehilfen versuchen werden, durch einen Generalstreik ihre Forderungen zu erlangen. Ausgesperrt wurde ein Theil der Arbeiter der Fabrik Kleenhausen in Bremen. Daraus haben sich heute Morgen sämtliche übrigen Arbeiter mit den Ausgesperrten solidarisch erklärt und die Arbeit niedergelegt. Zur Boykottfrage. Eine Versammlung sämtlicher Gastwirthe fand dieser Tage in Chemnitz statt. Es wurde die Gründung einer Vereinigung sämtlicher Gastwirthvereine beschlossen, welche die gemeinsamen gewerblichen Interessen genannter Vereine berathen und die etwa gefassten Beschlüsse durch ihre dazu gewählten Organe zur Ausführung bringen soll. Die nächste Zusammenkunft soll Ende September wieder in Chemnitz stattfinden. Ob die Vereinigung sich dazu aufschwingen wird, Stellung zu nehmen zu der Frage der Vergabe von Sälen zu sozialdemokratischen Versammlungen, das ist nicht bloß fraglich, sondern sehr unwahrscheinlich. Die Herren könnten aber ihre Interessen gar nicht besser wahren, als indem sie sich zu dem Beschlusse vereinigten, „wir alle geben unsere Lokalitäten zu sozialdemokratischen Versammlungen her,“ denn da brauchte kein Wirth mehr eine andere Behandlung von Seite der Polizei zu fürchten, da eben jeder ein Sünder vor — der Polizei wäre. Den Boykott wären die Gastwirthe auf diese Weise ebenso rasch los und zwar von Seite der Arbeiter sowohl, wie den von Seite der Militärbehörden. Breslau, 9. Februar. Ein Antwortschreiben des Magistrats zu Breslau. Am 14. Januar fand hier im Saale der „Concordia“ eine von 1500 Personen besuchte Volksversammlung statt, in welcher der Reichstags-Abgeordnete für Breslau-Ost, Genosse Tuhauer in zweifelhafte Rede über die Erweiterung des Kommunal-Wahlrechts referirte. Die Versammlung nahm nach kurzer Debatte folgende Resolution einstimmig an: „Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und beauftragt das Bureau der Versammlung, in Verbindung mit dem von der sozialdemokratischen Parteikonferenz im vorigen Jahre gewählten Komitee, Namens der heutigen Versammlung bei dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung eine Petition einzureichen, welche die Gewährung des kommunalen Wahlrechts für alle männlichen Einwohner Breslau's, welche ein Einkommen von 600 M. an haben — soweit dieselben sonst in der Städte-Ordnung enthaltenen Bestimmungen Genüge leisten — auf Grund des § 77 Absatz 1 des Einkommensteuer-Gesetzes fordert.“ Ferner nahm die Versammlung folgende, vom Genossen Geizer eingereichte Resolution ebenfalls einstimmig an: „Die heutige Volksversammlung erklärt die sogenannte „Kanalgebühr“ oder „Kanalkationssteuer“, welche alle Einwohner für jedes heizbare Zimmer, das sie bewohnen, mit 4 M. Steuer belastet soll, für eine ungerechte und unannehmbar, weil sie die Armeren und Aermlten am härtesten brüden, von den Reichen aber fast gar nicht empfunden werden würde. Die Versammlung spricht den Stadtbehörden wegen der beständigen Versuche, solche ungerechte Steuern einzuführen, ihre entschiedenste Mißbilligung aus und verlangt, daß das zur Verrückung der Gemeindegeldausgaben nöthige Geld nicht, wie bisher, hauptsächlich von den Armen, sondern von den Reichen genommen werde.“ Bereits am Tage nach der Versammlung wurde eine im Sinne der ersten Resolution abgefasste Petition, sowie die zweite Resolution sowohl dem Magistrat, als auch der Stadtverordneten-Versammlung zugestellt. Von der Stadtverordneten-Versammlung ist eine Antwort bisher nicht erfolgt, wohl aber hat unser „hochweiser Magistrat“ seinem gepreßten Herzen durch folgendes Antwortschreiben Luft gemacht: „Ew. Wohlgeboren erwidern wir auf das Schreiben vom 14. Januar etc. — zugleich zur Mittheilung an die anderen Herren Unterzeichner derselben — ergeben, daß wir nicht in der Lage sind, mit Ihnen, als Vertretern einer Volksversammlung, über allgemeine Gemeinde-Angelegenheiten zu verhandeln. Auf die Beschwerde, daß die Stadtbehörde das zur Verrückung der Gemeindegeldausgaben nöthige Geld bisher hauptsächlich von den Armen nähme, haben wir festgesetzt, daß von den vier Herren Unterzeichnern des Schreibens vom 14. Januar etc. drei je ein Prozent ihres Einkommens oder weniger als Gemeindesteuer zu entrichten haben, der vierte etwa 2 1/2 pCt. seines Einkommens, während bei den wohlhabenderen Einwohnern an Gemeindesteuern 4 1/2 bis 6 pCt. des Einkommens erhoben werden. Wir können daher nicht anerkennen, daß Sie oder die anderen Herren Unterzeichner Grund haben, über Ueberbürdung zu klagen. Der Magistrat, G. Wender.“ Eine merkwürdige Logik in diesem Schreiben! Der biedere „Magistrat“ ist „nicht in der Lage“, mit den Vertretern einer Volksversammlung zu verhandeln und doch giebt er ihnen Antwort auf eine „Beschwerde“. Freilich was für eine Antwort! Die Armen haben keinen Grund über Steuerüberbürdung zu klagen, weil sie von dem Bischofen „Einkommen“, das sie haben, einen geringeren Prozentsatz zahlen, als die Reichen. Daß 2 1/2 pCt. Steuer für jemand, der wenige Hundert Mark jährlich verdient, eine schwerere Belastung ist als 6 pCt. für einen der Zehntausende verdient, das scheint „Magistratus“ nicht einsehen zu können. Wenn die Antwort der Stadtverordneten-Versammlung eintrifft, kommen wir auf die Sache zurück. Die Gewerbe-Abtheilung der Würzburger Handelskammer begutachtete gestern die Bildung eines Gewerbegerichts für die Stadt Würzburg. Auch die Innungen und sonstigen Arbeitgebervertretungen, die bisher sich dagegen gesträubt, schlossen sich dem an. Der Umschwung ist hauptsächlich das Resultat der sozialdemokratischen Abgeordneten im Landtage. Ueber das Kranken-Kassenwesen zum Schankstempel stand veröffentlicht der „Arbeiter“, das Fachorgan dieses Standes, einen bemerkenswerthen Artikel. Aus demselben geht nämlich hervor, daß der Gesetzgeber bei der Aufstellung der Gewerbebetriebe zum Beitritt einer Krankenkasse nur die bestehenden, nicht aber die Gewerbebetriebe im Umherziehen berücksichtigt hat, wodurch ein ganzer Stand, was diesen Punkt anbelangt, in eine höchst zweifelhafte Lage gebracht wurde. Wie schlimm ist nämlich, so schreibt das genannte Blatt, beim Krankwerden der Schankstempel, oder besser gesagt, der Schankstempelgehilfen daran. Wenn sich ein „Armer Teufel“ bei einer Erkrankung um Aufnahme in eine Heilanstalt nachsucht, so ist stets die erste Frage: „Sind Sie Mitglied einer Krankenkasse?“ Wird diese Frage verneint, so folgt der ersten Frage stets die stereotyp zweite: „Haben Sie Mittel, die Verpflegungskosten zu bezahlen?“ Wehe dem Armen, wenn er auch diese Frage verneinen muß. Entweder wird er nun ganz und gar abgewiesen, oder wenn dieses nicht angeht, nur aus Gnade und Barmherzigkeit aufgenommen und zwar aus Kosten der öffentlichen Armenpflege. Andererseits wieder haben die Angehörigen des reisenden Standes durch die verschiedenen Auffassungen des Gesetzes von seiten der Lokalbehörden zu leiden. Es ist nur er

wünscht, daß die Regierung auch in diesem Punkte baldigst Remedur schaffen wird.

Ein Komitee von ca. 200 namhaften Industriellen aus allen Teilen Deutschlands hat sich gebildet, welches beabsichtigt, in nächster Zeit eine Versammlung von Vertretern der gesamten deutschen Industrie und Gewerbetätigkeit nach Berlin zu berufen, um in der Frage des deutsch-russischen Handelsvertrages Stellung zu nehmen.

Patente sind in Deutschland im vorigen Jahre 4843 erteilt worden, seit dem Jahre 1872 bis Ende 1893 im Ganzen 50 207.

Im Kanton Zürich kommt am 4. März das Gesetz, betreffend das Verbot von Fabrikarbeit an Festtagen zur Abstimmung. Die Referendumsvorlage schafft nicht Neues, sondern sanktioniert nur den bestehenden Zustand, wie er durch das schweizerische Fabrikgesetz festgelegt ist, indem sie den Neujahrstag, Charfreitag, Ostermontag, Kuffahrt, Pfingstmontag und die beiden Weihnachtstage, die bisher schon als Festtage gefeiert wurden, nur als solche anerkennt.

Versammlungen.

Eine Versammlung der Mitglieder der Orts- und Krankenkasse der Wäschbranche beschäftigte sich am 22. Januar abermals mit den Verhältnissen in der Orts-Krankenkasse. Herr Mähring gibt den Anwesenden eine ausführliche Darstellung der Mängel, die in der Kasse vorhanden sind, und unterbreitet am Schluß seines Referats der Versammlung den Antrag, eine Kommission zu wählen, die die geeigneten Schritte unternehmen soll, um die Gründung einer freien Hilfskasse. Dem wurde von der Versammlung nach einer längeren Diskussion zugestimmt.

Der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter für Berlin und Umgegend hielt am 29. Januar seine ordentliche Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der in letzter Zeit verstorbenen Kollegen Raab und Panger gedacht; die Versammlung ehrte das Andenken in der üblichen Weise. Den ersten Punkt der Tagesordnung „Kassenbericht“ erledigte der Rendant. Die Einnahmen betragen vom 30. September bis 31. Dezember inkl. des vorhandenen Bestandes vom 3. Quartal 10 042,88 M., die Ausgaben in derselben Zeit 4326,26 M., so daß ein Kassenbestand von 5716,63 M. verbleibt. Den streifenden Schulmachern sind in letzter Zeit 100 M. bewilligt worden, außerdem hat der Verband noch 8 Kollegen vom Streik bei der Firma Wiking u. Violet zu unterstützen. Kollege Mäde gab alsdann Bericht über die Tätigkeit der Bibliothekskommission. Vorhanden sind insgesamt 872 Bände und zwar in der Bibliothek im Norden 308, im Süden 329, und in Moabit 235 Bände, ausgeliehen wurden 571 Bände; bekannt gegeben wurde, daß die Kataloge in den Bibliotheken gedruckt ausliegen, und die Vertrauensleute im Besitze eines Exemplars sind. Beklagt wurde wiederum, daß die Kollegen bei Wohnungsänderungen dieses nicht angeben, der Kommission fällt es aus diesem Grunde nicht häufig schwer, ausgeliehene Bücher zurück zu erlangen. Die Kollegen Köhler, früher Gr. Franzfurterstr. 130, Herrmann Schulz, früher Fehrbellinerstr. 52 wohnhaft und Grünberg aus Chemnitz sind noch im Besitz von Büchern, die jetzigen Wohnungen nicht bekannt, etwaige Mitteilungen hierüber werden von der Kommission erbeten. Hierauf gelangte die Angelegenheit des Kassierers Beer zur Verhandlung. Der Rendant teilte mit, daß bei W. Anfang Dezember ein Einbruch verübt sei, bei welchem nahezu 500 M. Verbandsgelder gestohlen wurden. Diese Summe ist von W. vorläufig gedeckt worden. Kollege Beer wünschte, daß ihm die betreffende Summe wenigstens zum Teil zurück erstattet werde. Es entspann sich hierüber eine längere Debatte, in der die unkorrekte Buchführung geladelt wurde. Die Versammlung beschloß, diese Angelegenheit bis zur weiteren Aufklärung auf sich beruhen zu lassen. In Sachen der vom Vorstand dem Kollegen Trittelwitz entzogenen Zahlstelle beschloß die Versammlung, nachdem versucht war, Klärung zu schaffen, die Zahlstelle zu Trittelwitz wieder zu verlegen. Hierauf fanden verschiedene Neuwahlen statt. Als Kassierer für den Süden wurde der Kollege Kaiser gewählt, in die Bibliothekskommission für den Norden die Kollegen Schubert, Scholz, Pfugner, für den Süden die Kollegen Timm, Wojciechowski, Förster, Gutzeit, Kühn und für Moabit die Kollegen Hofort und Rabbei. Die Kollegen Krusmarkt (Schraubendreher) Schröder (Rohrleger) wurden als Beisitzer im Vorstand von der Versammlung bestätigt.

Der Fall „Buchholz“, Gewährung von Rechtschutz mußte abgewiesen werden, mit dem Hinweis, daß sich der Kollege in dieser Angelegenheit an den Hauptvertrauensmann zu wenden habe, welchem es obliegt, alle diese Fälle zu regeln.

Ein Antrag, die noch auf der Tagesordnung stehende Statutenänderung zu vertagen und auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu stellen, wurde angenommen.

Der Verband der Saitler und Tapezierer hielt am 3. d. eine geschlossene Mitgliederversammlung ab. In derselben wurden die Anträge, die bereits von der Filiale Berlin beraten sind und der am 29. März stattfindenden Generalversammlung unterbreitet werden sollen, besprochen. Darauf wurde Kollege Blum als Delegierter gewählt und beauftragt, der Generalversammlung diese Anträge vorzulegen. In der Ergänzungswahl wurde hierauf Kollege Sittlich als Beisitzer gewählt.

Die Arbeiter-Bildungsschule (Südost) hielt am 4. Februar in Schmiedel's Festsaal eine gutbesuchte Versammlung ab. Genosse N. W. referierte über „Episoden aus der Pariser Kommune“, welcher Vortrag mit großem Beifall aufgenommen wurde. In der Diskussion beteiligten sich die Genossen Hager und Sigg im Sinne des Referenten. Gegner unserer Bestrebungen oder der Ausführungen des Referenten meldeten sich nicht zum Wort. Zu „Verschiedenes“ forderte der Obmann der Südost-Schule die Anwesenden, soweit sie noch nicht Mitglieder sind, auf, der Schule beizutreten und ermahnte die anwesenden Mitglieder, rege für Zuführung neuer Kräfte in ihren Kreisen zu agitieren. Sodann machte derselbe die Mitteilung, daß am 11. März im selben Lokale zum Besten der Arbeiter-Bildungsschule ein Vokal- und Instrumental-Konzert, arrangiert vom Arbeiter-Rührerverein „Einigkeit“ unter Mitwirkung eines Gesangvereins des Arbeiter-Sängerbundes und einiger Solokräfte stattfindet. Das nachfolgende Tanzkränzchen hielt die Teilnehmer bis zu später Stunde zusammen. — Sonntag, den 18. d. Mts., findet für die Ost-Schule in demselben Lokale, für die Nord-Schule in den Germania-Sälen je eine Versammlung statt.

Ausschuß-Sitzung des Arbeiter-Sängerbundes am 4. Februar. Zur Annahme haben sich 12 Vereine gemeldet. Derselben wurden in üblicher Weise aufgenommen. Zu Revisoren sind gewählt die Vertreter von den Vereinen: „Norddeutsche Schleiße“, „Oberon“ und „Hand in Hand“. Zu Kontrollieren wurden 7 Ausschußmitglieder ernannt. — Die Abrechnung vom Volkstheater in „Schönholz“ wurde vom Kassierer Kaiser verlesen. Danach beträgt die Einnahme 12 279,30 M., die Ausgabe 4922,16 M., mithin ist ein Ueberschuß von 7357,14 M. vorhanden. Halbirt erhält die Arbeiter-Bildungsschule und Arbeiter-Sängerbund je 3688,57 M. Da von einzelnen Vereinen noch Hefte zu verzeichnen sind, so wurde beschloffen, wenn diese Vereine nicht binnen 4 Wochen abgerechnet haben, sind sie vom Bunde auszuschließen. Der Verein „Roths Fahne“, dessen Vertreter der Metallschleifer Bohlmann 250 Wilsels entnommen ohne bis jetzt abzurechnen, wurde ausgeschlossen. Die Wichtigkeit der Abrechnung nach genauer Prüfung der Belege wurde seitens der Arbeiter-Bildungsschule von Fr. Baader und vom Arbeiter-Sängerbund

von Rasche bestätigt. Der Sängerbund aller Arbeiter-Sängervereinigungen Deutschlands wurden 200 M. überwiesen. Sodann wurde beschloffen, am 17. März im Saale der Brauerei „Friedrichsbain“ einen Lieberabend abzuhalten. Der Bundes-Präsident Friedrichs ermahnte die Vereine mehr Interesse den Uebungstunden entgegenzubringen.

Zum Schluß wurde bekannt gemacht, daß die Lokale Buggenhagen und Hausfouci als baylottiert gelten und die Vereine des Arbeiter-Sängerbundes sich danach genau zu richten haben.

Vom Verband der Maurer (Zahlstelle Berlin 1 Puzer) fand am 4. Februar die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Der Bevollmächtigte gab der Versammlung einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der örtlichen Verwaltung im verwichenen Jahre. Dem folgte der Bericht des Kassierers, der folgende Kassenübersicht zur Kenntnis gab: Die Jahreseinnahme betrug 5247,40 M., dieser steht eine Ausgabe gegenüber von 4958,91 M., mithin ist ein Bestand vorhanden von 288,49 M. Die Mitgliederzahl hat sich um 86 vermehrt. Hierauf schritt man zur Neuwahl der örtlichen Verwaltung, es wurden gewählt zum ersten Bevollmächtigten F. Schulz, zum zweiten König, zum ersten Kassierer H. Richter, zum zweiten A. Lehmann, zum Schriftführer F. Hannemann, zu Revisoren G. Simanowski, G. Schmidt und A. Kelpin, als Härtekontrollierer wählte man die Kollegen E. Simanowski, Ch. Nischke und G. Dusterhoff, die Verwaltung der Bibliothek wurde den Kollegen Arndt, Bagloff und Maliski übertragen. — Laut Bericht und Abrechnung des Kollegen H. Gräßle von der Unterstützungskommission verfügt diese über einen Bestand von 210,15 M.

In der freien Vereinigung der Graveure und Bisenre hielt am 4. d. M. Herr Dr. Wepl einen interessanten Vortrag über „die Psychologie des Gebrühs“. In der Diskussion wurden mehrere auf den Vortrag bezughabende Fragen durch den Referenten beantwortet. Nachdem noch einige Vereinsangelegenheiten dem Vorstande zur Regulierung überwiesen wurden, macht der Vorsitzende noch bekannt, daß die Leipziger Fachzeitung jetzt monatlich erscheint. Der Abonnementspreis beträgt pro Jahr 1,50 M., halbjährlich 75 Pf. Abonnements werden vom Kollegen Thiel, Fischerstr. 22, entgegengenommen.

Eine gut besuchte öffentliche Schneider- und Schneiderrinnen-Versammlung tagte am 5. Februar in Marten's großem Saal. Der Vorsitzende, Kollege Timm, gab an stelle des erkrankten Kassierers, Kollegen M. Schulze, die Abrechnung. Von den Revisoren wurde die Wichtigkeit derselben und beste Ordnung der Belege und Kasse bestätigt und außerdem bekannt gegeben, daß eine Anzahl Listen und Marken vom Streik, sowie Marken der Agitationskommission noch ausstehen. Die Inhaber derselben sollen demnächst veröffentlicht werden. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Hiernach erfolgte Neuwahl der Agitationskommission. Gewählt wurden die Kollegen Paake, Langig, M. Schulze, Gottschalk, Kleef, Mäde, Timm, Pader, Jander, und die Kolleginnen H. Mame, Frau Schwarz und Frau Reimann. Da möglichst alle Branchen in der Kommission vertreten sein müssen, jedoch sich die Damenkosmetik- und Knabenbranche Vertretung nicht zum Vorschlag kam, findet in der nächsten öffentlichen Versammlung eine Nachwahl statt. Zum Vorsteher des Arbeitsnachweises und Auskunftsvereins wurde Kollege Timm wiedergewählt. Nunmehr referierte Kollege August Tatoro über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in allen Branchen der Schneiderei. Er führte aus, daß das Unternehmertum die schlechten Konjunkturfaktoren benutzte, bis Wahnsinn das zu treiben. In der Militärbranche ist die Möglichkeit, Beförderung zu schaffen, so günstig wie nie zuvor, Beweis dafür ist die Thatsache, daß Anfertigung der grauen Militärmäntel Zivilschneidern übertragen worden ist, ebenso das Sonntags- und Ueberstundenarbeit plagegriffen hat. Am miserabelsten liegen die Verhältnisse in der Konfektion, hier ist durchaus nichts mehr zu verlieren. An der Hand beweisfähigen Zahlenmaterials behauptet der Referent, daß gute Aussichten für die Konfektion zu konstatieren seien, und es an der Zeit ist, diese Gelegenheit nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen. Der Einzelne ist machtlos. Nur eine starke, feste Organisation ist im Stande, dem Unternehmer Verbesserungen abzurufen. In der sich anschließenden Debatte beteiligten sich die Kollegen Prädich, Sieboldt, Pfeiffer und Fr. Gubela. Folgende Resolution wurde zur Diskussion gestellt: „Die Agitationskommission wird beauftragt, die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Schneiderei in die Hand zu nehmen und zu diesem Behufe diejenigen Geschäfte, welche Absätze gemacht, sowie diejenigen, welche die im vorigen Jahre ausgestellten Forderungen nicht bewilligt haben, zu veranlassen, das Unterlassene vollständig nachzuholen. In einer späteren Versammlung ist über das Resultat Bericht zu erstatten und weitere Stellungnahme zu beschließen. Insbesondere ist eine allgemeine Agitation in der Konfektion anzubahnen, um zu geeigneter Zeit für Verbesserung der Lage der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen einzutreten. Vor allen Dingen ist es der Kollegen und Kolleginnen aller Branchen Pflicht, sich behufs Vesserstellung ihrer Lage zu organisieren, sich dem Verbande deutscher Schneider, Schneiderrinnen und verwandte Berufsgenossen anzuschließen.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Kollege Jander beklagte sich, daß er als Arbeiter laut Mahnzettel ohne vorhergegangene Aufforderung gerufen wurde, zu den Wohlfahrtseinrichtungen der Innung beizutragen, obgleich er kein Innungsmittglied sei, worauf Kollege Pfeiffer erklärte: Hier rächt sich einmal wieder die Nachlässigkeit der Kollegen gegenüber ihren eigenen Pflichten. Der § 100 f gibt den Innungen das Recht, bei allen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wo irgend etwas zu bekommen ist, Beiträge für ihre Wohlfahrtseinrichtungen zu erheben. Ehe § 100 f Gesetz wurde, fand zur Besprechung desselben eine öffentliche Versammlung statt, welche so schwach besucht war, daß nichts zu machen war.)

Zum Schluß wurde auf den diesjährigen Maskenball hingewiesen, welcher Sonntag, den 11. Februar, in der Berliner Ressource stattfindet.

Die Kranken- und Sterbekasse der Berliner Handwerker (G. H. 61) beschäftigte sich in der letzten Generalversammlung mit dem ausführlichen Jahresbericht des Kassierers. Derselbe ist zu entnehmen, daß die Gesamteinnahme der Kasse 47 922,07 M. beträgt, der eine Ausgabe von 28 684,91 M. gegenübersteht, mithin bleibt ein Bestand von 19 237,16 M. Der von der Behörde geforderte Reservefonds würde sich demnach decken. Die Versammlung bewilligte dem Kassierer 50 M. Monatsgeld. Die Kassisten sind vom 1. April ab von 12-5 Uhr festgesetzt. Der Vorsitzende bemerkte, daß durch den Austritt vieler Mitglieder, denen die Beiträge zur Erhöhung des Reservefonds zu hoch gewesen, die Verwaltungskosten vermindert werden müßten. Der Kassierer würde sich dazu verstehen, statt wie bisher für 125 M., mit 100 M. monatlich das Amt zu verwalten. Ein Antrag, Puzer 90 M. zu bewilligen, gelangte hierauf zur Annahme. Den Ausschuß- und Vorstandsmitgliedern soll für jede Sitzung 75 Pf. gewährt werden. Die Wahl des Vorstandes ergab folgenden Resultat: Emil Puzer, Vorsitzender; Wilhelm Sothmann, Stellvertreter; zu Schriftführern wurden wiedergewählt: Karl Runge; Gustav Grauer, Stellvertreter; desgleichen zum Kassierer August Kubitke. Den Ausschuß bilden die Mitglieder: August Peter, Hermann Wolter, Otto Debrat, Gustav Pücker und Karl Heintz.

Der Fachverein der Stuckateure hielt am 5. Februar eine Generalversammlung ab. Nach dem Kassenbericht, der zur Verlesung kam, beträgt die Einnahme im letzten Quartal 593,75 M., die Ausgaben 501,20 M., so daß ein Bestand von 292,55 M. bleibt. Die Kommission für den Arbeitsnachweis be-

richtete, daß sich 42 Kollegen für Bau- und 10 für Werkstatthandwerkern eingezeichnet haben. Davon erhielten Arbeit zugewiesen 6 Kollegen für Bau- und 1 Kollege für Werkstatthandwerkern. Dieser ungünstige Erfolg ist wohl, außer dem jetzigen schlechten Geschäftsgang, darin zu suchen, daß viele arbeitslose Kollegen um Arbeit anfragen gehen, und so die Nichtanspruchnahme unseres Arbeitsnachweises seitens der Unternehmer ermöglichen. Wünscht diese die Kollegen beachten. Nach Erledigung einiger interner Vereinsangelegenheiten wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

In der Versammlung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes (Bezirk Osten), die am 5. Februar tagte, hielt Dr. Joel einen beifällig aufgenommenen Vortrag. Von einer Diskussion über den Vortrag wurde Abstand genommen und darauf die Wahl der Werkstatt-Kontrollkommission vollzogen. Gewählt wurden folgende Kollegen: Hemp, Wagner, Spuret, Reich, Oldenkamp, Bißfelle, Wiedelkopf, Sachleben, Ritter, Fuß, und Ehler. Zum Bibliothekar wurde der Kollege Breitbarth ernannt und zum Beitragsammler für zwei weitere Zahlstellen im Osten der Kollege Jastrów. Zahlstelle bei Tempel, Langestr. 65, für Nordosten Kollege Raam, Zahlstelle bei Krause, Landberger Allee 147. Zum Schluß machte Kollege Spuret darauf aufmerksam, die Bibliothek mehr zu benutzen.

Der Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer hielt am 6. Februar in Spandau eine Wanderversammlung ab, in der Genosse Sassenbach in einem interessanten Vortrag über „Heinrich Heine's Leben“ sprach. In der Diskussion beteiligte sich der Kollege Dandert im Sinne des Referats. Unter „Gewerblichliches“ forderte der Vorsitzende zum Abonnement für den „Baughandwerker“ auf.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hielt am 7. Februar eine Versammlung ab, in der Genosse Hansen über das Thema referierte: „Führer und seine Zeit“. Von einer Diskussion über den interessanten Vortrag wurde Abstand genommen. Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß am zweiten Osterfesttag ein Vergnügen in den Krainhallen stattfindet. Wilsels hierzu sind bei Frau Zipfle, Markstr. 14, und bei den Komiteemitgliedern zu haben.

Einer öffentlichen Versammlung der Maurer Berlin und Umgegend (lokaler Richtung) erstattete am 11. d. M. Karl Behrend Bericht über die stattgehabten Beratungen der seinerzeit niedergelassenen Einigungskommission. Die Vertreter der lokalen Richtung hielten, dem Bericht zufolge, um eine wirkliche Einigung der Berliner Maurer herbeizuführen, eine Resolution am Platze und machten den Vorschlag, beide am Orte bestehenden Vereinigungen aufzulösen und an deren Stelle einen vollständig neuen Verein zu setzen. Dieser Vorschlag wurde seitens der Zentralisten strikte abgelehnt. Ein anderer Vorschlag betraf die Einsetzung einer gemeinschaftlichen Kommission zur Regelung öffentlicher Angelegenheiten und Schaffung eines einheitlichen öffentlichen Fonds. Auch dieser Vorschlag, welcher ein Bindeglied zwischen beiden Organisationen bezweckte, wurde seitens der Zentralisten aus finanziellen und taktischen Gründen abgelehnt. Von zentralistischer Seite wurde demgegenüber ein Antrag gestellt, betr. die Enderufung einer Konferenz nach Altsenburg behufs Beratung der Schritte, welche eine Einigung der Maurer Deutschlands ermöglichen könnten. Dieser Antrag ist seitens der Zentralisten angenommen worden, die Stellung der Lokalisten zu diesem Antrage hatte die folgende Versammlung zu bestimmen. In der folgenden Diskussion trat Blaurock zunächst der Auffassung entgegen, daß nunmehr die lokalorganisierten Berliner Maurer, indem es keinen anderen Ausweg mehr gäbe, mit Sang und Klang ins Lager der Verbändler übergehen würden. Siner Meinung nach wäre hier der Wunsch der Vater des Gedankens. Wie der Referent war auch der Redner der Meinung, daß in erster Linie in Berlin eine Einigung geschaffen werden müsse, bevor man sich anderen, die ganze Angelegenheit nur hinhalten, wenn nicht gänzlich vereitelnden Projekten zuwenden könne. Nachdem noch Palm, Garbe, Borspahl, Jänsch, B. Schulz, Wielde, Wille, Wegeler, Mehe und Dienert ihre Meinung geäußert hatten, lehnte die Versammlung die Enderufung und Bescheidung einer Konferenz zum 4. März nach Altsenburg, woselbst am 5. März der Verbandstag des Zentralvereins stattfindet, einstimmig ab und nahm ebenso einstimmig folgende von Blaurock und B. Karpe beantragte Resolution an:

Zu Ermüdung der von allen Seiten zugewandten kranken wirtschaftlichen Lage und deren Begleiterscheinungen, als da sind: von Jahr zu Jahr sich mehrende Arbeitslosigkeit, stetig fallende Löhne und die aus der Uneinigkeit der Berliner Maurer hervorgehende Organisationslosigkeit; in fernerer Ermüdung, daß in der Einigungskommission die von den Delegierten der Berliner Maurer gemachten Vorschläge: 1. Auflösung beider Organisationen und Gründung einer gemeinsamen Organisation, oder 2. friedliches Nebeneinandergehen beider bestehenden Organisationen und kräftiges Zusammenarbeiten auf dem Boden des Berliner Generalbundes behufs Bekämpfung unserer wucherischen Ausbeuter, Unterstützung kämpfender Genossen anderer Gewerkschaften und energischem Heranziehen der großen indifferenten Masse zu den Organisationen, von den Verbändlern abgelehnt und ihrerseits die Berliner Maurer auf einen später einuberufenen Kongress vertröspelt worden sind, beschließt die heutige Versammlung, Mann für Mann energisch für den Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Maurer zu agitieren. Ferner werden die Vertrauensmänner, sowie auch der Vereinsvorstand aufgefordert, von nun an öfter Versammlungen behufs Förderung der Berliner Organisation einuberufen, damit die Berliner Mauer bald in der Lage sind, den staatlichen und städtischen Behörden wie auch dem Bauunternehmertum ihre Forderungen vorzulegen.“

Im Sinne dieser Resolution soll ferner ein Flugblatt ausgearbeitet und verbreitet werden. Lebhafte Klage wurde alsdann darüber geführt, daß die Genossenschafts-Fabrik, obgleich dieselbe von der Arbeiterschaft Solidarität verlangt, die Ausführung ihrer Bauten dennoch einem Großunternehmer übertragen habe, welcher nicht einmal organisierte Maurer in Arbeit stelle. Die Vertrauensmänner wurden beauftragt, demnächst zur Besprechung dieser Angelegenheit eine öffentliche Versammlung einuberufen und zu dieser den Genossenschafts-Vorstand einzuladen.

Kyris in der Prignitz. Am 13. Januar fand hier eine von dem antisemitischen Reformverein einberufene Volksversammlung statt, in der Herr Liebermann von Sonnenberg über „Judentum und Sozialdemokratie“ referierte. Zur Diskussion sollte jedermann zugelassen werden, als sich aber Wagner-Berlin zum Worte meldete, wurde ihm dies verweigert, weil er kein Prignitzer sei. — Darauf berief der hiesige, seitdem deutsch-freimünne Arbeiterverein zum 4. Februar eine öffentliche Versammlung ein und stellte das gleiche Thema auf die Tagesordnung. Wagner war als Referent und Liebermann von Sonnenberg als Korreferent eingeladen. Letzterer erschien nicht, dagegen entwickelte Wagner die Lehren der Sozialdemokratie unter dem lebhaften Beifall der Versammlung, welche von ca. 500 Personen besucht war. Die anwesenden Antisemiten, etwa 20 an der Zahl, wichen trotz wiederholter Aufforderung der Diskussion aus, während der Arbeiterverein sich unter stürmischer Begeisterung der modernen Arbeiterbewegung angeschlossen und eine große Zahl neue Mitglieder gewann. — Liebermann von Sonnenberg hatte unterm 1. Febr. in der „Kyriser Zeitung“ bekannt gemacht, daß ihm die Einladung erst zugegangen sei, nachdem er bereits über seine Zeit am Sonntag, den 4. Februar, verfügt hatte. Er sei aber bereit, selbst zu kommen, oder einen Vertreter zu schicken, welcher den Herren Sozialdemokraten ebenso gut wie er selber Bescheid zu geben vermöge, wenn in der Zeit bis Ostern eine neue Versammlung in Kyris einberufen und er vierzehn Tage vorher davon benachrichtigt wird. Dies soll nun innerhalb der angegebenen Frist geschehen.